



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **6. Sitzung (öffentlich)**

1. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:34 Uhr bis 16:27 Uhr

Vorsitz: Volkan Baran (SPD) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla, Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkt:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **3**

**Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden.** **4**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/971

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien und natürlich unsere Sachverständigen hier im Saal und den Sachverständigen Herrn Hamacher, der uns per Video zugeschaltet ist. Etwaige Vertreter der Landesregierung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien und unsere Zuhörerinnen und Zuhörer hier und am Stream möchte ich auch herzlich willkommen heißen.

Die Einberufung des Ausschuss erfolgte mit der Sitzungseinladung 18/133. Ich gehe von Ihrem Einverständnis zur Tagesordnung aus.

Die Sitzung wird per Livestream im Internet übertragen. Darauf ist in der Einladung hingewiesen worden. Wir haben keinen Widerspruch bekommen. Von daher gehe ich davon aus, dass jeder mit der Aufzeichnung und dem Streaming im Internet einverstanden ist.

Es ist für mich eine Premiere. Ich sitze heute das erste Mal hier und darf das erste Mal eine Anhörung leiten. Ich hoffe, dass wir eine sehr angenehme erste Anhörung haben werden.

Somit treten wir in die Tagesordnung ein.

**Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden.**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/971

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Ich danke den Sachverständigen vorab für ihre eingebrachten schriftlichen Stellungnahmen. Das bedeutet für uns eine wesentliche Arbeitserleichterung.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, gebe ich Herrn Professor Dr. von Zahn die Möglichkeit, auch für den Kulturrat NRW Stellung zu nehmen, weil dieser aus Krankheitsgründen nicht an der Anhörung teilnehmen kann.

Ich erteile Frau Heid für eine maximal dreiminütige Einführung das Wort.

**Katherine Heid (Kulturpolitische Gesellschaft):** Danke für die Einladung. Als Geschäftsführerin der Kulturpolitischen Gesellschaft begrüße ich den vorliegenden Antrag. Es bedarf in der Tat dringend einer sofortigen Stütze, um Schließungen ganzer Einrichtungen oder bestimmter Angebote zu vermeiden. Aber ich möchte unterstreichen, dass Krisen zukünftig nicht die Ausnahme sein werden, sondern im Rahmen der Klimakrise auch die Regel. Es darf daher nicht nur über die Bewältigung der aktuellen Krise nachgedacht werden, sondern diese muss als Anlass genommen werden, um generell Transformationen voranzutreiben, denn die Energiekrise ist auch eine Kulturkrise, denn es geht ja darum, unsere Gewohnheiten und unser Verhalten kritisch zu hinterfragen.

Ich möchte zunächst ganz kurz etwas zu unmittelbar nötigen Schutzmaßnahmen sagen.

Es braucht ein Handlungskonzept mit Rahmenempfehlungen, das Aussagen zum Offenhalten von Kultureinrichtungen in der Krise bzw. zu angemessenen Angebotseinschränkungen, also nicht nur pauschale Schließungen, enthält.

Es braucht Empfehlungen zum Schutz von Kulturgut, zur unbedingten Weiterführung von Angeboten kultureller Bildung und zur Gleichbehandlung von Kulturakteuren in unterschiedlicher Trägerschaft.

Es braucht Förderprogramme, die nicht nur die gestiegenen Gas- und Strompreise abfedern, sondern generelle Preissteigerungen mit einbeziehen.

Ein besonderes Augenmerk muss auf den Angeboten der kulturellen Bildung, der Soziokultur und Angeboten für Kinder und Jugendlichen liegen, denn gerade diese haben in der Pandemie starke Beeinträchtigungen erlitten.

Wie ich schon sagte, der Kulturbereich bedarf nicht nur sofortiger Schutzmaßnahmen, sondern es geht um die systemische Transformation, den Kultursektor langfristig nachhaltig aufzustellen. Es bedarf also einer ressortübergreifenden Strategie. Kultur, Bildung,

Jugend, aber auch Wissenschaft und Soziales und Bauen, Gesundheit, alle zusammen tragen zu einer resilienten Kultur bei.

Es bedarf auch einer Begleitung, die Veränderungsmöglichkeiten in allen Dimensionen, eine Nachhaltigkeit aufzeigt und Fortschritte festhält.

Jetzt habe ich ein paar Punkte:

Erstens. Förderprogramme müssen anstatt kurzfristig längerfristige Perspektiven bieten, um Qualität und soziale Nachhaltigkeit zu ermöglichen.

Zweitens. Diese Förderprogramme müssen die Möglichkeit bieten, auch Personal angemessen zu beschäftigen sowie deren Weiterbildung und Fortbildung zu unterstützen in der Digitalität oder in der Qualifikation von Führung.

Drittens. Der Begriff der Qualität muss im Rahmen dieser Förderung neu überdacht werden. Das heißt, was sollte eine Kultureinrichtung leisten, um exzellent zu sein, um nachhaltig exzellent zu sein?

Viertens. Die Verstärkung von Diversität in Programmen, Publikum, Administration muss voranschreiten, damit Kultureinrichtungen unserer Realität entsprechen.

Fünftens. Kulturelle Bildung, verstanden als lebenslanges Lernen, ist ein zentrales Element zur Entwicklung von Kunst und Kultur.

Sechstens. Förderprogramme sollen konkrete Auflagen erhalten, die nachhaltiges Arbeiten ermöglichen. Die erfolgreiche Umsetzung muss durch entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Finanzielle Unterstützung bei der Gebäudesanierung und nachhaltigem Bau sollte zur Verfügung gestellt werden.

**Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]):** Ich hoffe, Sie können mich besser sehen als ich sie umgekehrt. Ich habe nur ein eingefrorenes Bild. Wenn Sie mir also ein Zeichen geben wollen, dass ich zum Schluss kommen soll, dann muss das akustisch geschehen.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Wir können Sie gut verstehen.

**Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]):** Der Antrag legt aus unserer Sicht einen Finger in die Wunde, die allerdings nicht erst durch den Angriffskrieg auf die Ukraine geschlagen wurde. Ich habe den Eindruck, dass sich Coronapandemie und Ukraine-Krieg leider sehr wirksam ergänzen in ihren negativen Folgen. Die Coronapandemie hat zu einem zeitweisen Stillstand der Kultur geführt und einen gewissen Entwöhnungsprozess in Gang gesetzt. Die Menschen haben sich zunehmend ins Private zurückzogen. Die Teilhabe an Kultur ist zurückgegangen. Die negativen Auswirkungen für den Kulturbereich sind sehr direkt und unmittelbar spürbar. Der Verlust an Lebensqualität für den einzelnen wird dagegen häufig erst mit Verzögerung bewusst.

In diese Situation hinein, in der die Künstler und Kulturschaffenden, die Kulturverbände und die Kulturverantwortlichen in den Kommunen darum kämpfen, diesen Trend um-

zukehren, kommt also jetzt der Ukraine-Krieg. Die Folgen sind, dass das Angebot an Kulturleistungen nur noch mit deutlich höheren Preisen erbracht werden kann, während gleichzeitig die finanziellen Spielräume sowohl der öffentlichen als auch der privaten Haushalte – das sind ja letztlich die Nachfrager von Kulturleistungen – immer enger werden. In Kombination ist das eine recht toxische Mischung für die Kultur.

Jetzt kurz zu dem Antrag, der mehrere Facetten hat. Das eine ist die Unterstützung der Kultureinrichtungen beim Energiesparen. Hier will ich nur sagen, dass ich den Eindruck habe, dass wir da insgesamt auf einem sehr guten Weg sind. Es gibt einen seit Monaten andauernden Dialogprozess mit dem Kulturministerium, an dem alle Kulturverbände, die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind. Wahrscheinlich haben wir eher zu viel als zu wenig Empfehlungen, wie man konkret im Bereich der Kultur Energie einsparen kann. Ich glaube, das Problem liegt eher darin, diese Informationen geordnet zusammenzufassen und darzubieten. Da gibt es ja auch vielversprechende Ansätze. Da fasse ich mich jetzt kurz, weil ich in der Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände gelesen habe, dass darauf gleich noch mal eingegangen werden wird.

Beim Thema „Förderprogramme“ schlagen zwei Herzen in den Brüsten der kommunalen Spitzenverbände. Ich glaube nämlich, das gilt für die beiden anderen Verbände auch. Generell sind wir eigentlich eher der Auffassung, dass wir uns wegbewegen sollten von Förderprogrammen hin zu einer insgesamt auskömmlichen Kommunalfinanzierung. Man muss allerdings sagen, in dieser konkreten Situation ist diese Forderung zwar immer noch richtig, aber zu langsam. Wir werden uns das nicht leisten können, wenn wir nicht riskieren wollen, dass uns Strukturen im Bereich der Kultur wegbrechen. Also wird es hier ganz ohne Förderprogramme nicht gehen. Ganz wichtig sind aus unserer Sicht die eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen bei den Energiekosten, aber es wird darüber hinaus weiterer Förderprogramme bedürfen, um wieder Anreize zu setzen, an Kultur teilzuhaben – ich spreche da zum Beispiel den angekündigten KulturPass des Bundes an; das scheint uns eine gute Überlegung zu sein –, aber auch gezielte Hilfestellungen sowohl für Kultureinrichtungen als auch für Künstlerinnen und Künstler.

Wichtig – damit komme ich zum Ende – ist vor allen Dingen, dass diese Förderprogramme schnell kommen und – das will ich ausdrücklich sagen – dass sie leicht zu administrieren sind. Es ist ja ein generelles Problem, das wir im kommunalen Bereich haben, dass das Personal gar nicht zur Verfügung steht, um bürokratieauslösende Förderprogramme richtig bewirtschaften zu können. Das darf es nicht sein. Insofern noch mal das Petitum von unserer Seite: Es sollte was kommen, was schnell und was leicht zu handhaben ist.

Soviel zum Eingang.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Jetzt kommen wir zu den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe, die eine gemeinsame Stellungnahme eingereicht haben.

**David Schmalenstroer (Landschaftsverband Westfalen-Lippe):** Ich bin in Vertretung von Frau Dr. Rüschoff-Parzinger hier. Für die beiden Landschaftsverbände haben wir eine Stellungnahme eingereicht, auf die Herr Hamacher gerade schon kurz eingegangen ist.

Es geht darum, dass auch wir erkannt haben und dass auch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft erkannt hat, dass es notwendig ist, schnell, entschlossen und pragmatisch etwas für den Kulturbereich zu tun. Deshalb fand schon am 9. September 2022 auf Einladung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft ein Austausch mit den Dezernentinnen der beiden Landschaftsverbände statt. Thema des Austausches war die Frage nach der Steuerung von Informationen und Vernetzung im Bereich Kultur im Kontext der aktuellen Energiekrise. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es eine zentrale Stelle geben muss, an der Informationen gebündelt und weitergegeben, Fragen aus dem Kulturbereich beantwortet und Netzwerke gesteuert werden. Die Landschaftsverbände sind mit ihren Museums- und Archivberatungsstellen, mit ihren Medienzentren, aber auch mit ihrem Einsatz in der Denkmalpflege bereits gut vernetzt. Aus diesem Grunde werden wir unsere Kompetenzen, Expertise in diese Aufgabe federführend einbringen.

Mit der finanziellen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen entsteht dazu eine 360°-Plattform zu den zentralen Themen, die den Kulturbereich in der gegenwärtigen energiepolitischen Lage bewegen. Sie übernimmt dabei folgende vier Aufgaben:

Erstens. Koordination von Themen, Angeboten und Fragen rund um die aktuelle Energiekrise.

Zweitens. Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von gezielten Fachinformationen.

Drittens. Vernetzung der unterschiedlichen Kultursparten und der spezifischen Expertise der Landschaftsverbände.

Viertens. Vermittlung von Beratungsleistungen.

Das Kernstück der Arbeit wird die digitale Plattform darstellen. Unter dem Namen „KulturKlima“ soll diese noch 2022 online gehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, gab es seit dem 9. September verschiedene konstruktive fachliche Austausche zwischen dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Landschaftsverband Rheinland, aber auch mit Vertreter\*innen der verschiedenen Kulturbereiche in NRW. Schon jetzt zeigen sich dadurch positive Netzwerkeffekte, die die spartenübergreifende Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen stärken und zu einem Informationsaustausch beitragen.

Das übergeordnete Ziel ist dabei jedoch die Schaffung einer lebendigen Onlineplattform. Es geht nicht nur um die Darstellung von Informationen, sondern darum, einen Austausch zwischen allen Kulturbereichen in Nordrhein-Westfalen zu diesem wichtigen Thema zu bereiten.

Es ist in dieser Phase der Energiekrise besonders wichtig, schnell zu handeln, wie wir gerade eben schon gehört haben. Wir müssen flexibel sein. Aus diesem Grund wird die Website zwar schnell online sein, sich aber auch mit den Entwicklungen während der Energiekrise ständig anpassen und weiterentwickeln. Dies geschieht immer im Austausch mit den diversen Kulturbereichen Nordrhein-Westfalens.

Trotz der Bemühungen der beiden Landschaftsverbände und des Landes Nordrhein-Westfalen sollte aber vor allem im Bereich der Förderung noch mehr für Kulturschaffende getan werden. Die Onlineplattform KulturKlima kann ihren Teil zur Bewältigung

der Krise beisteuern, indem sie Wissen und ein Netzwerk im Bereich Kultur zur Verfügung stellt. Doch gleichzeitig werden auch die Mittel benötigt, um die Existenz der Kulturschaffenden zu sichern und Kultureinrichtungen bauliche Energiesparmaßnahmen zu ermöglichen, denn die Kultur mit all ihren Facetten ist in ihrer Bedeutung für das gesellschaftliche Leben in Nordrhein-Westfalen nicht wegzudenken.

**Bernd Schliephake (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen):** Vielen Dank für die Einladung. Ich darf hier für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen sprechen. Ich habe die technische Leitung in der Institution 2001 eingenommen. Ich kann ein bisschen aus der Institution heraus berichten, wie wir aktuell mit dieser Energiekrise umgehen, besser gesagt, wie wir schon vor über 20 Jahren über Nachhaltigkeit nachgedacht haben.

Die beiden Häuser K20 und K21, die in Düsseldorf für klassische und zeitgenössische Kunst Ausstellungshäuser sind, sind seit 2003 sukzessiv in Eigenbetrieb überführt worden. Wir sind, nachdem wir quasi selbst Betreiber der Liegenschaften waren, im Zuge der Sanierung von K20 mit einem Zählerkonzept gestartet. Damit haben wir dargestellt, wie Verbräuche innerhalb einer Kulturinstitution fließen. Wir sind ein Schwerverbraucher. Alle Anlagen sind bei uns vollklimatisiert, und wir haben natürlich einen hohen Schutzanspruch an unser Kulturgut. Mit der Einführung eines Zählerkonzepts haben wir einen ersten Schritt gesetzt, um überhaupt erst einmal festzustellen, wie innerhalb eines Gebäudes die Verbräuche laufen. Wir haben Anomalien festgestellt. Wir haben über Betriebsführung und über technische Strategien nachgedacht, haben danach effiziente Kälteerzeuger eingebracht.

Wir haben uns also ab 2003 bemüht, unsere Häuser mit Zählern auszustatten. Wir haben die Verbräuche analysiert. Wir haben uns mit Fachplanern und Architekten darüber Gedanken gemacht, wie dem steigenden Verbrauch entgegengewirkt werden kann. Wir haben dementsprechend mit technischen Sanierungen begonnen und Kältemaschinen eingeführt und den Betrieb kontrolliert. Wir haben eine fertig geplante Photovoltaikanlage in unserer Schublade, die wir zur Ausführung bringen wollen.

Wir haben von 2019 bis jetzt ungefähr 20 % Energie eingespart, über den gesamten Zeitraum unserer Tätigkeit sogar noch deutlich mehr.

All das bringt uns in die Situation, dass wir mit den aktuellen Förderungen, die ausstehen, der Zukunft einigermaßen beruhigt entgegenschauen können. Nichtsdestotrotz wird es bei weiteren Entwicklungen schwierig werden. Wir sind natürlich froh über weitere Förderungen. Wir können auch nur noch mal den Hinweis geben, wie das für viele Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gilt, dass natürlich Energieverbräuche und Verbrauchskosten von Energie, Gas und Fernwärme immer aus den gleichen Kassen wie für die Kultur bezahlt werden. Somit geht ein höherer Energieverbrauch immer zulasten des Programms. Deshalb waren schon immer unsere Bemühungen, unser Kulturprogramm aufrechterhalten zu können, egal, wie teuer das Gas ist.

**Andreas Kornacki (Düsseldorfer Schauspielhaus):** Wir als Düsseldorfer Schauspielhaus möchten uns auch zunächst für die Bemühungen des Landes und der Landeshauptstadt Düsseldorf bedanken, sehr schnell Kommunikation herzustellen. Das

hat hervorragend funktioniert, und ich glaube, wir können auch sagen, dass wir da aus der Coronakrise gelernt haben. Die Vernetzung hat sehr schnell begonnen. Dafür möchten wir ausdrücklich danken.

Für uns gibt es vier kurzfristige Maßnahmen, die wichtig sind.

Das erste ist Klarheit über die Rahmenbedingungen der Unterstützung des Bundes. Im Moment können wir nicht sagen, was die Entlastung ist, die eine Kultureinrichtung erreichen wird. Wir können im Moment aber genauso wenig sagen, welche Hilfen wir aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds erhalten werden oder erhalten können. Das ist ein Problem für uns, wenn wir gerade einen Haushalt für die Spielzeit 2023/2024 aufstellen sollen. Wir bitten um Unterstützung, um Klarheit zu gewinnen, was die Rahmenbedingungen sind, die vor uns liegen.

Die Theater müssen geöffnet bleiben. Dass es ein zweiter wesentlicher Punkt, auf den wir ganz dringend hinweisen müssen und möchten. Es kann nicht sein, dass es wieder zu flächendeckenden Schließungen kommt. Es ist richtig – dazu stehen wir –, dass die Kultureinrichtungen im Land eine Verantwortung haben, darauf zu schauen, was Öffnungszeiten betrifft, was Programmangebote betrifft, darauf zu achten, zu schauen, was richtig ist und wie wir die Sparvorgaben erreichen, die wir alle erhalten haben und zu denen wir stehen. Flächendeckende Schließungen halten wir für falsch.

Wir brauchen Unterstützung bei der Suche nach externer Fachkompetenz. Wir haben viel Wissen im Haus, und es gibt sicherlich enorm hilfreiche Beratungsplattformen, Tools, die gerade erarbeitet werden. Wir brauchen zum Teil aber die Hilfe bei der Umsetzung in den Häusern, wie wir das Wissen, das wir gerade zusammentragen, tatsächlich ganz konkret ins Tun verwandeln. Das ist etwas, wo manchmal die Mannschaft der hervorragendsten Gebäudetechnik, die man haben kann, davor steht, noch nicht zu wissen, wie sie zum Beispiel neue Technik so sinnhaft anwendet, dass sie maximale Ergebnisse bringt.

Damit bin ich bei einem weiteren Punkt, die Frage nach der Lockerung von Vergaberegeln. Wenn wir im Moment nach intelligenten smarten Thermostaten schauen, dann ist der Warenkorb schon wieder leer, bevor wir die Bestellung ausgelöst haben. In dieser Zeit Vergleichsangebote einzuholen, Dienstleister zu finden, die bereit sind, zwei Wochen zu warten, das ist teilweise ein Ding der Unmöglichkeit. Hier würden wir uns sehr freuen, wenn es dazu kommen kann, dass bestimmte Dinge in diesem Bereich effizienter, schneller und flexibler beschafft werden können.

Zu den mittel- und langfristigen Punkten, die für uns wichtig sind, zählt die Sicherung der Grundfinanzierung. Es ist richtig und wichtig, dass es Förderung für den Bereich Energie gibt. Sie wird uns allen nicht helfen, wenn wir es nicht schaffen, die Lohnerhöhung ausgeglichen zu bekommen, und sie wird uns auch nicht helfen, wenn wir uns nicht mit dem Thema der steigenden Inflation beschäftigen. Es ist nicht ausreichend für Kultureinrichtungen, nur über den Bereich der Energiekosten zu sprechen.

Zum Förderprogramm zur Transformation, das von der SPD angeregt wurde: Es ist richtig und wichtig, dieses Förderprogramm aufzulegen. Wir brauchen aber in den Häusern irgendwann Unterstützung, wie wir diese Förderprogramme umsetzen. Die Beantragung von Fördermitteln ist das eine, die Abwicklung von Fördermitteln, die

Abrechnung von Fördermitteln ist ein weiterer Punkt. Wir haben hier einfach die Situation, dass zum Teil Häuser mittlerweile mit Fördermitteln überfordert werden können, wenn es zum Beispiel immer wieder darum geht, wie man Fehlbetragsfinanzierung quasi im laufenden Betrieb immer wieder überprüft, dass wir damit hinkommen, das heißt, auch ein Plädoyer für Festbetragsfinanzierung.

Auch der Umgang mit dem Denkmalschutz ist ein Aspekt, der im Zusammenhang mit der Energiekrise angeschaut werden muss. Bei der Sanierung des Düsseldorfer Schauspielhauses ist ein sehr wichtiges Gründach geschaffen worden. Das ist ohne Wenn und Aber eine sinnvolle Verbesserung gewesen gegenüber dem Zustand davor. Dass wir uns jetzt, wenige Jahre danach, aber darüber unterhalten, warum zu dieser Zeit keine Photovoltaikanlage angeschafft werden konnte und installiert werden konnte, was aus dem Denkmalschutz resultiert, ist ein Beispiel, dass Denkmalschutz viele Facetten hat. Denkmalschutz ist richtig und wichtig, und wir stellen ihn nicht infrage, aber trotzdem wird es eine Frage sein, wie wir an der einen oder anderen Stelle vielleicht doch darüber diskutieren müssen, ob jedes Fenster, jede Tür, jedes Dach eins zu eins wiederhergestellt wird oder ob man den Themen der Energiekrise auch dort gerecht wird.

**Horst Mühlberger (Jahrhunderthalle Bochum):** Auch ich bedanke mich dafür, dass Sie uns die Gelegenheit geben, bei dieser Anhörung Stellung zu nehmen.

Ich komme aus der Jahrhunderthalle Bochum, von der Bochumer Veranstaltungs-GmbH. Wir betreiben vier sehr unterschiedliche Versammlungsstätten, die Jahrhunderthalle in Bochum, den RuhrCongress als Kongresszentrum, die Stadthalle in Wattenscheid und die Freilichtbühne in Wattenscheid. Wir sind als Betreibergesellschaft inzwischen auch mit Bau und Sanierung beschäftigt.

Ich kann eigentlich die Dinge, die gesagt wurden, nur unterstützen. Die Programme, die aufgelegt werden, sollten wirklich auf den drei Zeitebenen, kurzfristig, mittelfristig, langfristig, wirken. Kurzfristig brauchen wir sicherlich auf verschiedenen Ebenen finanzielle Unterstützung, mittelfristig auf jeden Fall Unterstützung bei den Planungen und natürlich auch bei der Umsetzung der Förderprogramme. Herr Kornacki sagte es gerade. Die Berater, die uns dabei unterstützen, müssen die Gebäudeleittechnik kennen. Die gesteuerten Anlagen sind hochkomplex. Man kann nicht einfach irgendwas an irgendeiner Stelle abschalten.

Die Nachhaltigkeit, die wir anstreben und die notwendig ist, entsteht durch das Zusammenspiel der Menschen mit einer smarten Technik über die gesamte Lebensdauer des Objektes. Das heißt, es wird auch wichtig sein, dass wir ein Regelwerk bekommen, das auf unsere Versammlungsstätten eingeht, und die Fachplaner, die das planen, müssen in die Sicherheit versetzt werden, dass sie das richtige planen. Es ist nicht immer sinnvoll, die Arbeitsstättenrichtlinie auf eine Versammlungsstätte anzuwenden, bzw. man muss sich sehr genau überlegen, wie man Behaglichkeit herstellt. Behaglichkeit ist nicht verhandelbar. Das Bild, dass man mit Wollmütze, Schal und Wintermantel im Theater vor der Bühne sitzt, nützt niemandem. Aber wie wir unsere Häuser in kurzer Zeit oder angemessener Zeit mit einer smarten, möglichst digitalisierten Steuerung, die das geschulte, qualifizierte Personal auch nutzen kann, aktuell an die

Situation anpassen können, ist eine wichtige Größe: solche Konzepte – die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen bietet das an – mit Lebenszyklusbetrachtungen, womit wir verhindern können, dass Ersparnisse in Baukosten uns hinterher in den Betriebskosten um ein Vielfaches einholen, gerade auf dem Energiesektor.

Aktuell sind die Verbände der Deutschen Theater-technischen Gesellschaft und der Europäischen Verband der Veranstaltungstechnik dabei, mit ihren technischen Leitern und technischen Spezialisten Programme und Qualifizierungsmaßnahmen mit Unterstützung auf den Weg zu bringen. Im zweiten Schritt wird es darum gehen, das in Programme zu packen, die wir eben mit Fachplanern in den Gebäuden tatsächlich umsetzen können. Auch da ist ganz klar: Bei Bau und Sanierungen und auch bei solchen Umbaumaßnahmen ist ein Antragswesen, das leistbar ist, natürlich eine wichtige Grundvoraussetzung, zum anderen aber auch, dass es eben ein Regelwerk gibt, zum Beispiel Vergaberichtlinien, das es möglich macht, in einer endlichen Zeit zum Ziel zu kommen.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Weiter geht es mit Professor von Zahn, der sowohl das Eingangsstatement für den Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen, aber auch für den Kulturrat Nordrhein-Westfalen abgeben wird.

**Prof. Dr. Robert von Zahn (Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen):** Sie haben gehört, Kulturrat und Landesmusikrat sitzen hier in einer Person. Beide Dachverbände haben schriftlich Stellung genommen. Sie haben also zwei verschiedene schriftliche Stellungnahmen vorliegen, die Sie auswerten können. Ich erlaube mir jetzt, die mündlich zusammenzuziehen, damit Sie jetzt nicht lauter Ähnlichkeiten doppelt hören.

Ich darf zunächst einmal die Fraktion der SPD beglückwünschen. Dieser Antrag kam goldrichtig. Wir stoßen wirklich in eine veritable Krise des Kulturlebens hinein, des Musiklebens alle Male. Ich freue mich sehr, dass diese Anhörung stattfindet und wir uns hier darüber in den Diskurs begeben können.

Ich würde gerne zu Beginn feststellen: Wir fühlen uns eigentlich gut behandelt. Die staatlichen Einrichtungen haben in den vergangenen drei Jahren dem Kulturleben und speziell dem Musikleben durch Hilfsprogramme sehr gut durch diese Krise geholfen. Wer haben erstaunlich wenig unwiederbringliche Verluste gehabt. Ich muss da gerade dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft meine Anerkennung aussprechen. Das ist in einem guten Dialogverhältnis mit den Verbänden gelaufen. Wenn wir jetzt stürzen, dann stürzen wir sozusagen von einem hohen Niveau.

Aber die Gefahren sind wirklich groß, gerade dadurch, dass diese Hilfsprogramme, die uns jetzt so schön abgefedert haben, überwiegend zum Dezember enden. Dabei schiele ich besonders auf den Sonderfonds Kulturveranstaltungen des Bundes. Das Publikumsproblem ist schon in den Statements zur Sprache gekommen. Wir haben in der ausklingenden Coronakrise, wenn ich es so nennen darf, einfach ein gravierendes Publikumsproblem. Die möchten eigentlich zu Kulturveranstaltungen, sie zögern, sie wissen nicht, wie sicher das ist, sie entscheiden sich kurz vor der Abendkasse, aber sie entscheiden sich durchaus auch dagegen. Planbar ist das alles nicht. Gerade im Musikleben Nordrhein-Westfalens hat uns dieser Sonderfonds im Veranstaltungs-

wesen in den vergangenen Monaten unheimlich geholfen. Diese Risikoabfederung hat wirklich einen wesentlichen Teil des Musikangebots aufrechterhalten. Der ist im Januar weg. Mit diesem Wegfall kommt auf Spielstätten, auf Clubs, auf Konzerthäuser ein Riesenproblem zu, das sich addiert mit den Energiemehrkosten und mit den ganzen anderen Krisen, die wir gleichzeitig haben. Deswegen sind wir fast darauf angewiesen, dass die Landesregierung und Sie als Landesparlament die Hilfsmaßnahmen fortsetzen. Sonst wird es einen echten Crash geben. Das muss man ganz deutlich sagen.

Wir haben gerade eben in der Ausschusssitzung von Staatssekretärin Türkeli-Dehnert gehört, dass sich auf Bundesseite einiges tut. Man darf jetzt wirklich optimistisch sein, dass es eine Hilfe für Kultureinrichtungen geben wird. Wie genau, wissen wir alle nicht so richtig, aber wir hören aus Berlin, vermutlich werden es bis zu 80 % für freigetragene und privatwirtschaftliche Kultureinrichtungen sein, bis zu 50 % für kommunalgetragene Kultureinrichtungen. Wenn das so käme, wäre es für uns okay.

Wir haben aber Angst um Einrichtungen, die man förderfähig gar nicht so richtig fassen kann. Da gibt es gerade im Bereich der Laienmusik sehr viele, die die Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen zusammenhalten, die aber in ihren Aktivitäten derzeit regelrecht gelähmt sind und die auf Hilfen angewiesen sind. Da haben wir Angst, dass die beim Bund nicht zum Zuge kommen werden. Und wir haben sehr große Angst um die einzelnen Künstlerinnen und Künstler, ich selbst speziell um die Musikerinnen und Musiker, die als Selbstständige unterwegs sind und für einen großen Teil des Angebots sorgen. Da wissen wir nicht, wie das im Winter werden wird.

Kulturrat und Landesmusikrat haben in Zusammenarbeit mit einem tapferen Recken der Soziokultur, den ich immer nur lobend hervorheben kann, Rainer Bode in Münster, eine Umfrage unter den einzelnen Kulturschaffenden gemacht: Wie sieht das bei euch aus mit den Energiemehrkosten? Was habt ihr? Und was könnt ihr eigentlich geltend machen, was definitiv im beruflichen Zusammenhang entstanden ist, denn darum geht es, nicht, dass die Privathaushalte finanziert werden, sondern dass bei den beruflich bedingten Mehrkosten eine Kompensation erschaffen wird? Da haben viele geantwortet – ich trage Ihnen das jetzt nicht alles mündlich vor; wir haben es in beiden schriftlichen Stellungnahmen als Ergebnis drin –, nur kurz gesagt: Es gibt viele förderfähige Situationen, wo Künstlerinnen und Künstler diese berufsbedingten Mehrkosten geltend machen können, von Probenräumen, Atelierräumen, steuerlich anerkannten Arbeitsflächen in der eigenen Wohnung bis hin zu Honorarausfällen dadurch, dass Veranstalter eingeknickt sind. In aller Regel haben wir einen Kompensationsbedarf von um die 1.000 Euro, also gar nicht mal so viel. Das kann ein Landesprogramm eigentlich auffangen. Im Falle der Honorarausfälle ist es höher, da sind durchaus Fälle von bis zu 5.000 Euro aufgekommen, für die es einfach keinen Ersatz gibt. Da wären wir sehr froh, wenn das Kulturministerium ein entsprechendes Programm starten würde. Die Staatssekretärin hat vorhin in der Ausschusssitzung angedeutet, dass in ihrem Fonds bereits ein Sprengel für die Solo-Selbstständigen vorgesehen ist. Ich hoffe, das kommt so, und ich hoffe, wir werden in den Dialog einbezogen, dieses Programm so auszuarbeiten, dass es funktionieren kann.

Wir können uns das auch sehr viel bürokratieärmer vorstellen als ein weiteres, nicht ganz so üppiges Stipendienprogramm, das den Künstlerinnen und Künstlern über

diese Energiemehrkostenkrise hinweghilft. Das wäre, glaube ich, für alle Beteiligten sehr viel weniger Aufwand. Es müsste auch zu bezahlen sein. Auch da kann man sich über die Ansätze durchaus unterhalten.

Ich glaube, die wesentlichen Teile habe ich vorgetragen. Das Engagement würde aus unserer Sicht dazu führen, dass die tolle Vielfalt, die wir im Kulturleben Nordrhein-Westfalens haben, geschützt und weiterentwickelt werden könnte.

**Manuel Moser (Arbeitskreis Kinder- und Jugendtheater Nordrhein-Westfalen):**

Die Theater für junges Publikum machen in NRW Theater, Kunst und kulturelle Bildung für etwa 3 Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Im dritten Jahr der Pandemie ist die Resilienz der Künstler\*innen extrem angegriffen. Die Rücklagen sind aufgebraucht. Die Sorge, wie es weitergeht, wenn, wie schon erwähnt, die Hilfen aufgrund der Coronapandemie wegfallen oder zurückgefahren werden, beschäftigt die Mitglieder unseres Arbeitskreises akut.

Auch wenn wir der Meinung sind, dass gesellschaftliche Krisen wie die aktuelle auch Solidarität und Einschränkungen bei uns erfordern, sind wir doch in einer existenzbedrohenden Situation – es wurde schon mehrfach gesagt –: eine Vervielfachung der Energiekosten, kombiniert mit den Zuschauerrückgängen aufgrund finanzieller Sorgen und/oder pandemiebedingter Ängste, andererseits insbesondere im Feld des Theaters für junges Publikum extrem prekäre Arbeitsbedingungen, Honorare und Gehälter. Ohne Ihre Hilfe in dieser Energiekrise werden einzelne Akteur\*innen den Winter als Künstlerinnen und Künstler nicht überstehen können. Manch kleines Theaterhaus wird schließen. Und den anderen wiederum bleibt nicht mehr, als an der Kunst zu sparen. Seine Stromrechnung zu bezahlen, statt Mittel in das Herstellen einer Produktion für junges Publikum oder in Vorstellungen für Hunderte von Kindern und Jugendlichen zu investieren, hätte schwerwiegende Folgen.

Jede Produktion, die wir absagen, bedeutet, dass Kindern und Jugendlichen wieder einmal die Teilhabe und der Zugang zu Kultur – in diesem Fall darstellende Kunst, aber dasselbe gilt natürlich auch in anderen Bereichen – verwehrt und erschwert wird. Jedes Theaterstück, jede Performance, jedes Tanzstück, das nicht produziert wird, bedeutet, die eh schon schwierige Situation von Einzelkünstler\*innen, denen damit ihre Erwerbsgrundlage fehlt, weiter zu verschlechtern, und das, obwohl das Land NRW in dem Bereich der fairen Bezahlung und Mindesthonorare bei Künstler\*innen eigentlich einen so positiven Weg geht.

Weiterhin – das ist für uns auch ein großes Problem – haben die letzten Jahre einer ganzen nachkommenden Generation das Bild vermittelt, dass Arbeit im Theater, in Kunst und Kultur nicht nur nicht lohnend, sondern absolut unsicher ist, und dass man das auf gar keinen Fall tun sollte.

Deshalb bitte ich Sie heute um Ihre Hilfe. Auch aus unserer Sicht brauchen wir schnelle und unbürokratische Hilfen für die, die jetzt schon erhöhte Abschläge und Kosten kaum noch stemmen können. Wir brauchen ein tragfähiges Konzept, um die Vorstellungen und Produktionen der freien Szene im Allgemeinen, aber für junges Publikum im Besonderen im nächsten Jahr und damit Zugang und Teilhabe für Kinder und Jugendliche

zu sichern und auch die Zukunft unserer Branche zu sichern. Zuletzt brauchen wir unbedingt und dringend eine Investition in die Strukturen der freien Szene, damit wir nicht in jeder Krise ein neues Förderprogramm brauchen, sondern in der Lage sind, uns krisenfest aufzustellen.

**Kurt Eichler (Fonds Soziokultur):** Danke schön für die Einladung zu dieser Anhörung. Wir haben gerade gehört, dass wir es mit einer Überlagerung von Krisen zu tun haben. Das können wir nur bestätigen. Corona, Energiekrise, Inflation sind natürlich für den Kultursektor eine ungeheure Herausforderung. Das betrifft insbesondere die kleinen Einrichtungen, die in freier Trägerschaft arbeiten, im soziokulturellen Bereich.

Eine dringende Entlastung bei der Energielasten ist erforderlich. Wir brauchen das deswegen, weil natürlich die kleinen Einrichtungen ihre Liquidität erhalten müssen, was sie natürlich nicht können, wenn sie die enormen Energiekosten zahlen müssen. Diese Einrichtungen haben keinen öffentlichen Schutz, etwa, weil sie eine kommunale Einrichtung sind, sie agieren im Grunde genommen im freien Feld. Ich denke, dass die Frage der Beachtung der Trägerstrukturen bei den Energiehilfen eine ganz wichtige Rolle spielen muss, gerade wenn man die kleineren Einrichtungen, die die Kulturlandschaft NRWs wesentlich prägen, erhalten möchte.

Klimaeffizienz in Kultureinrichtungen ist sicherlich ein Thema von hoher Sensibilität, auch bei den Kommunen, aber es gibt im Augenblick noch viel zu wenige Handlungsprogramme, die nachhaltig und klimaneutral die Kultur schützen würden. Das Kulturgesetzbuch NRW enthält diese Forderung. Der Koalitionsvertrag enthält diese Forderung ebenfalls. Insofern brauchen wir jetzt dringend ein Landesprogramm „Klimaeffizienz in Kultureinrichtungen“, um damit auch finanzielle Ressourcen bereitstellen zu können, die diesen Einrichtungen hilft.

Es ist ein Programm ÖkoKult in Höhe von 10 Millionen Euro angekündigt. Das ist sehr zu begrüßen. Es wird in der Fläche natürlich überhaupt nicht ausreichen. Wir haben aber auch zu konstatieren, dass der Kulturhaushalt im Jahr 2023 nur um 6 Millionen Euro steigen soll. Das heißt, wir haben hier einen Gap, wenn es um die Frage geht, wie wird diese 10 Millionen Euro finanzieren wollen.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist – der ist auch in dem SPD-Antrag enthalten –, ist, wie wir langfristig klimaneutrale Kultureinrichtungen schaffen können, wie wir mehr Klimaneutralität erreichen können. Wir müssen über die Dimension der Kulturinfrastruktur reden. Das sind einmal die Mikrostrukturen, die wir haben. Also, der Bau, der Betrieb, die technische Ausstattung von kulturellen Einrichtungen müssen auf den Prüfstand. Alles, was technisch möglich ist, müssen wir machen. Das frisst natürlich Energie. Ich denke, wir müssen da viel kritischer rangehen, als wir es in der Vergangenheit gemacht haben, auch beim Bau, bei der Renovierung, beim Ersetzen einzelner Gewerke in kulturellen Einrichtungen. Das gilt natürlich auch für unsere kulturellen Großveranstaltungsstätten, die in den vergangenen Jahren, wenn sie neu gebaut worden sind, mit Dingen ausgestattet wurden, woran man ein Fragezeichen setzen muss.

Was die kulturelle Infrastruktur insgesamt angeht, sollten wir auf Großprojekte verzichten, weil die nach dem jetzigen Standard sehr viel Energie verbrauchen. Wir sollten

mehr über dezentrale, partizipationsorientierte, kleinere Kulturstätten mit einer Mehrfach- und Mehrzwecknutzung im Lande nachdenken. Das entspricht ungefähr dem, was auch das Dritte-Orte-Programm des Landes vorbildhaft zu entwickeln versucht. Auch das, denke ich, müsste weiter ausgebaut werden. Man muss natürlich auch sehen, dass eine dezentrale Struktur interessanter, attraktiver Kulturstätten auch die Mobilitätskosten der Nutzer erheblich senkt.

Also, auch Kultureinrichtungen müssen natürlich eine Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Sie tun auch viel, aber sie können diese Generationenaufgabe nicht auf eigene Schultern legen und selber stemmen. Sie brauchen eine Unterstützung und Hilfe des Landes.

**Jasmin Vogel (Kulturforum Witten):** Danke für die Einladung. Auch Dank an meine Vorredner\*innen. Ich glaube, ich bin die letzte in der Reihe und kann allem, was gesagt wurde, nur zustimmen. Deshalb würde ich mich gerne nicht auf die kurzfristigen Maßnahmen beschränken, sondern eher die Perspektive weiten und hier ein bisschen für die Kulturverwaltung, für die Kulturämter sprechen.

Was sind unsere Lehren aus Corona? Ich glaube, neben Hilfsprogrammen brauchen wir konkrete Entwicklungsprogramme. Das bedeutet, in Strukturen zu investieren. Meines Erachtens brauchen wir eine Strukturoffensive in der Fläche. Das bedeutet auch langfristige Strukturförderungen. Da kommen die Kulturverwaltungen ins Spiel. Wir haben hier bis jetzt die ganze Bandbreite sitzen gehabt, Institutionen, freie Szene, Künstler und Künstlerinnen. Aber wer ist das Schmierfett vor Ort? Das sind die Kulturämter und die Kulturverwaltungen. Die operieren seit ungefähr zwei bis drei Jahrzehnten am operativen Minimum. Es gibt in diesem System kaum Personal, das in der Lage ist, den großen Transformationsherausforderungen, vor denen wir stehen, begegnen zu können.

Was braucht es also? Es braucht Menschen im System. Was sind das für Menschen? Auf der einen Seite bestehendes Personal, das über Kompetenzerwerb ... Das Programm haben Sie in Teilen schon auf den Weg gebracht. Ich erinnere an das Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit, wo jetzt das Land ein Förderprogramm quasi an den Start gebracht hat, an dem man umsonst teilnehmen kann, für bestehendes Personal. Aber es braucht auch – da erinnere ich an die Musikschuloffensive –: Sie haben damals beschlossen, die Musikschulen mit Personal auszustatten. Bei uns vor Ort hat es dazu geführt, dass wir eine halbe Stelle bekommen haben, die wir natürlich auf eine Stelle hochpushen konnten. Das hat im System Musikschule zu einer konkreten Veränderung geführt. Wir konnten uns im Digitalen ganz anders aufstellen, weil wir diese Stelle mit Perspektive auf digitale Transformation dort so besetzen konnten. Das hätten wir sonst nicht getan.

Ein anderes Beispiel: Wir haben bei uns im Betrieb eine Stelle für digitale Transformation geschaffen. Das war zu hohen Kosten von unserer Seite aus. Das konnten wir machen. Das hat aber dazu geführt, dass wir über Digitalität bei uns im Betrieb in der Kulturverwaltung nicht mehr sprechen, aber immer auch mit Blick auf Institutionen, freie Szene, Künstlerinnen und Künstler und wir als Verwaltung.

Das heißt, ich plädiere dafür, Transformationsagenden ähnlich wie das 360°-Programm des Bundes, das an den Start gebracht wird, für Kulturverwaltung aufzusetzen.

Das Zweite ist, mit Blick auf Programmatiken viel stärker ins Experimentieren zu gehen, und zwar nicht nur in den Metropolen, den großen Einrichtungen, sondern auch wieder in der Fläche. Ich denke tatsächlich an Gladbeck, ich denke an die kleineren Orte, an die kleineren Städte, wo wir genau diese Kompetenzen brauchen, auch da wieder das Kulturamt als den Träger.

Als dritte Position – das hat Kurt Eichler sehr gut gesagt – müssen wir auch die baulichen Infrastrukturen in den Blick nehmen. Das ist zwar jetzt nichts, was für diesen Ausschuss oder für dieses Ministerium relevant ist, aber trotzdem müssen wir uns ansehen, wie wir bauen, ob wir wirklich noch so groß bauen, mit welcher Funktionalität und mit welcher Lebensdauer. Das ist etwas, wo ich nur dafür plädieren kann, ministeriumsübergreifend das in den Blick zu nehmen und insbesondere Kulturimmobilien dort zu stärken.

Ich sage ganz offen: Die Kommunen werden es nicht schaffen. Ich komme aus einer Konsolidierungshaushaltsstadt. Nein, wir werden es nicht schaffen! Das heißt, wenn wir da keine Unterstützung bekommen, dann werden wir uns weiter kaputtsparen. Jetzt nenne ich ein Beispiel, das gar nicht in meiner Kommune ist, nämlich Haus Ennepetal, klassischer kultureller Nahversorger, VHS, Bibliothek, Kluterthöhle und eine Stadthalle. Man geht dahin, guckt sich das Gebäude an und weiß, da muss was passieren, und die Stadt hat kein Geld, dass da etwas passieren kann. Wo ist Kultur wirksam? In der Fläche. Und wenn wir das erhalten wollen, müssen wir in die Fläche investieren.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Herzlichen Dank an alle Sachverständigen für ihre Eingangsstatements.

Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Ich bitte die Abgeordneten, die Adressaten, die gefragt werden sollen, zu benennen. – Herr Haug.

**Sebastian Haug (CDU):** Ich möchte mich auch sehr herzlich bei unseren Experten für ihre schriftlichen sowie für ihre mündliche Stellungnahmen bedanken und auch dafür, dass sie schon zum Teil ganz konkrete Empfehlungen gegeben haben.

Ich habe zwei Einstiegsfragen an die Herren Schliephake und Kornacki.

Der Energiefonds Kultur im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes ist vorgesehen, hat ein vorgesehenes Volumen von 1 Milliarde Euro. Wir wäre der Ihrer Ansicht nach konkret auszugestalten? Nach welchen konkreten Kriterien sollten Förderungen vergeben werden, damit das für Sie in den Institutionen vor Ort von Nutzen ist?

Direkt daran anschließend: Welche Maßnahmen sollte das Land selbst ergreifen? Selbstverständlich Kofinanzierung der Bundesmaßnahmen, aber wo sehen Sie die originären Aufgaben des Landes, immer im Hinblick darauf, dass es für Sie in den Institutionen vor Ort von Nutzen ist?

**Frank Jablonski (GRÜNE):** Erst einmal einen ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie heute hier sind und vor allem auch für die Arbeit, die Sie machen, die Sie uns geschildert haben. Ganz explizit Dank an den LVR und den LWL, die beide, wie ich finde, eine herausragende Arbeit geleistet haben und da sicherlich sehr viele Anknüpfungspunkte für viele Akteure in der kulturellen Szene bieten.

Ich habe eine große Übereinstimmung festgestellt, dass weniger Projekte und mehr strukturelle Unterstützungen gewünscht wird, Diversität gefördert werden soll, ökologische Transformation vorangebracht werden soll etc. Das scheint hier im Großen und Ganzen Konsens zu sein.

Zunächst einmal ein vorausgehender Punkt zum Thema „Offenhalten von Kultureinrichtungen“: Dazu hat diese Landesregierung eine ganz klare Position. Wir werden alles daran setzen, dass Kultureinrichtungen offengehalten werden. Ob das unter einer jeweiligen Coronasituation möglich sein wird, können wir schlicht und ergreifend heute nicht sagen, aber wir werden alles daran setzen, dass das so kommen wird.

Ich habe eine Frage an Herrn Hamacher und Frau Vogel, weiß jetzt aber nicht, ob Herr Hamacher noch zugeschaltet ist.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Herr Hamacher hat mitgeteilt, dass er bis 16:00 Uhr da ist. Wenn es Fragen an ihn gibt, dann bitte ich, diese in der ersten Runde zu formulieren.

**Frank Jablonski (GRÜNE):** Dann würde ich ansonsten die Frage an Frau Vogel stellen. Vielen Dank nicht nur für die kommunale Perspektive, sondern auch für die Perspektive aus der Verwaltungssicht, weil die sicherlich im politischen Diskurs häufig zu kurz kommt. Ich würde gerne auf den Zusammenhang eingehen zwischen Altschuldenfonds und strukturellen Hilfen, die von Landesseite aus kommen, wo Sie da die Schwerpunkte sehen würden, ob Sie da eine Priorität beispielsweise bei der Herangehensweise an einen Altschuldenfonds sehen würden, weil – okay, Sie schütteln den Kopf, aber Sie können das ja vielleicht gleich ausführen – wir die Kommunen an sich handlungsfähig machen wollen im Kulturbereich und nicht immer nur mit Nothilfen um die Ecke kommen wollen.

Dann habe ich eine Frage an den Landesmusikrat bzw. an Herrn Moser. Viele Einrichtungen dürfen keine Rücklagen bilden, weil sie unter Förderungen fallen. Wäre das perspektivisch ein möglicher Punkt, um Einrichtungen in Krisen resilienter aufzustellen bzw. in Krisen eigenständiger zu machen?

Den dritten Punkt spare ich mir für die nächste Runde.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Wie gesagt, Herr Hamacher ist noch bis 16:00 Uhr da. Ich werde gleich ihm als erstes das Wort geben.

**Andreas Bialas (SPD):** Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen. Sie haben ja nicht nur etwas zu den Problembereichen gesagt, sondern auch schon Vorschläge gemacht. Das ist ja genau das, was uns hilft und weiterbringt. Ich gehe davon aus, dass

diese partizipativen Verfahren nicht nur im parlamentarischen, sondern auch im ministeriellen Umgang stattfinden.

Ich habe einige Fragen an Herrn Eichler und an Herrn Kornacki. Wenn das Land die Kunstsammlung und das Düsseldorfer Schauspielhaus als starker Partner nicht schafft, dann sind wir noch ganz woanders. Sie haben die Vergaberichtlinien angesprochen. Was brauchen Sie da ganz konkret?

Das andere jetzt an Herrn Eichler, wenn ich jetzt mal, wenn ich das mal despektierlich sagen darf, ein paar Stufen runter andere Einrichtungen betrachte: Wie weit sind diese Einrichtungen darauf vorbereitet, Einsparungen durchzuführen? Haben die diese Potenziale? Haben die letztendlich die Power, die starken Partner? Können für Sie die gleichen Vorgaben der Einsparumfänge gelten?

Die nächste Frage geht an Herrn Hamacher. Sie sprachen über die auskömmliche Kommunalförderung. Die Energiekrise ist ja nicht nur eine Krise im Kulturbereich, sondern auch eine Krise für die Kommunen. Da sammelt es sich ja doppelt und dreifach an Problemlagen. Was wäre für Sie eine notwendige, auskömmliche Kommunalförderung? Was wären notwendige Schritte im Hinblick auf Entlastung, Altschuldenfonds beispielsweise? Wo sind die engen Verknüpfungen beispielsweise mit den Kultureinrichtungen von Bibliotheken, Musikschulen etc., die ja auch in dieser Versorgung unmittelbar an den Kommunen hängen?

Dann habe ich eine Frage an die Landschaftsverbände sowie an Herrn Schliephake und Herrn Eichler im Hinblick auf Beratung. Ich weiß, es ist jetzt ein bisschen schablonenhaft und möglicherweise auch despektierlich. Es ist vollkommen richtig, Beratungsplattformen zu schaffen. Aber ein Schauspielhaus kann nicht auf eine Plattform gucken. Da muss doch einer vor Ort sein. Da muss doch einer durch alle Räume gehen, alles aufnehmen und vor Ort eine umfangreiche Beratung spezifisch auf die Einrichtung vornehmen. Das kann ich ja nicht über eine Plattform machen. Deswegen sage ich, dass es etwas despektierlich ist. Der kann vielleicht sagen: „Macht das Licht aus, lasst es nicht 24 Stunden laufen“, aber bei so einer technischen Anlage muss er wahrscheinlich vor Ort sein. Das heißt, man muss sich weiterer Fachleute bedienen. Um im Bild zu bleiben: wenn man dann empfiehlt, den alten Kühlschrank rauszuwerfen, und gefragt wird, wo der neue herkommt. Insofern ist die Frage in der Verknüpfung der Folgen von Beratung, wo man nicht nur das Licht ausschaltet und damit spart, sondern wo man beispielsweise umrüsten muss. Von „umbauen“ will ich noch gar nicht sprechen, das hebe ich mir für die zweite Runde auf. Das ist die Frage: Wie verknüpft und verzahnt sind Sie eigentlich an der Stelle zwischen Beratung und den Abänderungen? Und inwieweit gilt diese Expertise möglicherweise für förderfähige Grundlagen nach dem Motto, weil Sie das bescheinigt haben, das muss gemacht werden, dass man damit praktisch das Gütesiegel schon hat in der zukünftigen Förderfähigkeit von Umrüstungen?

Und das Letzte ist auch noch mal eine Frage. Da weiß ich gar nicht, wen ich konkret fragen soll. Das werden wahrscheinlich wieder Herr Schliephake und Herr Eichler sein. Sie hatten von großen Häusern gesprochen bzw. haben große Häuser. Ich habe in den letzten Jahren, Jahrzehnten den Eindruck gewonnen, dass wir die Häuser immer weiter hochgerüstet, immer weiter technisiert haben, im Grunde genommen immer

weiter darauf gesetzt, dass ein höherer Energieverbrauch notwendig ist. Sie haben ein gutes Beispiel gebracht nach dem Motto, wir gucken darauf, dass das reduziert ist, aber in der Realität haben wir uns in vielen Bereichen ja doch deutlich anders benommen in den entsprechenden Hochrüstungen. Was wären da an Notwendigkeiten? Herr Eichler, Sie haben ja gesagt, besser kleinere Häuser. Aber jetzt haben wir auch die großen Häuser. Was machen wir mit denen? Steht dann nicht doch irgendwann – jetzt mache ich es doch in der ersten Runde und nicht in der zweiten Runde – ein größeres Programm an, was eigentlich heißt, wir müssen enorm umbauen, energetische Sanierung betreiben oder in Zukunft auf gewisse Techniken verzichten?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Zunächst bedanke ich mich bei allen Sachverständigen für die Zusendung der Ausarbeitungen und für die Kurzvorstellung, die Sie hier abgegeben haben.

Meine erste Frage geht an Frau Heid. Als langfristige Schutzmaßnahme plädieren Sie für eine systematische Transformation im Kulturbetrieb. Ist eine solche Transformation schon in anderen Bundesländern durchgeführt worden? Wenn ja, gibt es dazu Beispiele, zu denen Sie etwas sagen können?

Meine nächste Frage geht an Herrn Professor von Zahn als Vertreter von Frau Herold. Frau Herold appelliert an das Land, eine Strategie zu entwickeln, aus der hervorgeht, wie die Unterstützungssysteme konzipiert werden müssen, und die sich auch mit dem Besucherschwund befasst. Gibt es solche Beispiele schon aus anderen Bundesländern, oder können Sie das vielleicht etwas konkreter fassen?

Meine letzte Frage für diese Runde geht an Frau Vogel. Sie sprachen von Experimentiermöglichkeiten, von einer Art Experimentierklausel, die sich an das Land richten sollte und von denen die Kommunen profitieren sollte. Vielleicht können Sie einmal konkreter darstellen, was dafür umgesetzt werden müsste.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Vielen Dank. – Ich habe in der ersten Fragerunde keine weiteren Wortmeldungen. Wie ich gerade angekündigt habe, gebe ich zunächst Herrn Hamacher das Wort.

**Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]):** Ich bin von Herrn Jablonski angesprochen worden und nehme die Frage von Herrn Bialas wegen des thematischen Zusammenhangs mit dazu.

Zum grundsätzlichen Verständnis, warum wir immer ein bisschen skeptisch sind, wenn es um Förderprogramme geht: Wir lehnen Förderprogramme nicht generell ab. Wir sagen aber: Förderprogramme sind nicht der richtige Weg, wenn es um dauerhafte Aufgaben und Strukturen geht. Denn da braucht man Planungssicherheit, da braucht man Verlässlichkeit. Das ist bei Förderprogrammen generell nicht gegeben. Die sind zeitlich befristet. Man weiß nicht, ob sie verlängert werden. Man weiß nicht, wie sie ausgestattet werden, wenn sie denn verlängert werden.

Deswegen ist in der langfristigen Perspektive immer unser Petition: Wir brauchen eine insgesamt auskömmliche Finanzausstattung für die Kommunen. Dann müssen wir hier

im Landtag und an vielen anderen Stellen über viele Probleme gar nicht so intensiv diskutieren. Denn die würden in dieser Nachdrücklichkeit gar nicht entstehen.

Deswegen würde ich auf die Frage von Herrn Bialas, was wir denn eigentlich brauchen, ob jetzt der Altschuldenfonds die Antwort wäre, sagen: Nein. Der Altschuldenfonds, über den wir reden, ist die Lösung eines Problems, das in der Vergangenheit aufgelaufen ist. Das muss gelöst werden, weil wir jetzt im Moment mit den steigenden Zinsen natürlich zunehmend auch ganz konkrete Probleme in den Haushalten bekommen werden. Aber damit ist die Frage der auskömmlichen Finanzausstattung für die Erfüllung all der Aufgaben, die man sich zu Recht von den Kommunen wünscht, noch nicht beantwortet.

Also – auch wenn das jetzt unbescheiden klingt –: Wir brauchen eigentlich neben einer Lösung für die Altschulden auch einen größeren Anteil der Kommunen am insgesamt zu verteilenden Steuerkuchen. Das heißt – wir haben die Forderung ja gerade noch einmal im Zusammenhang mit der GFG-Anhörung artikuliert –, wir müssen wieder zu einem höheren Verbundsatz kommen. Dann, glaube ich, brauchen wir über viele Förderprogramme nicht mehr zu sprechen.

Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen, ohne danach gefragt worden zu sein.

Ich möchte nachdrücklich das unterstützen, was Herr Kornacki eben in einem Halbsatz zum Thema „Denkmalschutz“ gesagt hat. Das ist zwar nur ein Nebenkriegsschauplatz in dem Zusammenhang, aber ich finde den Gedanken absolut richtig und äußere den selber auch in anderen Zusammenhängen: Wir müssen wirklich mal darüber nachdenken, was in Abwägung mit anderen Zielvorstellungen, die uns zurzeit aufgegeben werden, tatsächlich noch vertretbar und richtig ist.

Dann möchte ich noch eine Bemerkung von Herrn Professor von Zahn aufgreifen, dass wir bei der Frage, wem wir jetzt eigentlich helfen müssen, auch die ehrenamtlichen Strukturen nicht vergessen sollten. Wir dürfen nicht nur auf die professionell getragenen Einrichtungen schauen, sondern müssen gerade im ländlichen Raum auf Kulturangebote gucken, die ehrenamtlich getragen sind und dann noch einmal vor besonderen Herausforderungen stehen. Denn das Engagement im Ehrenamt hat in der Coronakrise auch gelitten. Wenn wir schon über Förderprogramme und deren Formulierung nachdenken, sollten wir schauen, dass die nicht durchs Raster fallen.

**Katherine Heid (Kulturpolitische Gesellschaft):** Danke, Herr Dr. Pfeil, für Ihre Fragen zur systemischen Transformation im Kulturbetrieb. Sie fragten, ob es das auch in anderen Bundesländern gibt. Ich würde Ihre Frage gerne etwas erweitern: Gibt es das in anderen Ländern allgemein? – Man muss ja auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinausschauen in das europäische Ausland.

Deutschland hat den großen Reichtum eines großen kulturellen Erbes, das sich auch in der Programmation wiederfindet. Das heißt, wenn es darum geht, wie ich die Gesellschaft von heute anspreche, ist es für ein Land wie Deutschland zunächst einmal schwieriger, diese Diskussion um ein Repertoire zu führen und somit Diversität auch neu aufzustellen.

Ich möchte Länder wie Großbritannien oder Schweden und die nordeuropäischen Länder hervorheben, was kulturelle Bildung angeht, was Inklusion angeht und das Einbringen von Förderkriterien zur Inklusion von Menschen mit Behinderung sowohl auf der Bühne als auch im Publikum und in der Verwaltung. Das sind Förderkriterien, die es sich anzuschauen lohnt, weil man da wirklich sehen kann, wie man nicht die künstlerische Freiheit beschränkt, sondern durch die Rahmenbedingungen Möglichkeiten erschafft, um Transformation voranzutreiben.

Hier in Deutschland gibt es sicherlich viele Beispiele. Die alle zu nennen, würde den Rahmen sprengen. Wichtig ist, dass man ja nur das ändern und transformieren kann, bei dem man weiß, wovon man spricht. Der Senat Berlin stützt das Institut für Kulturelle Teilhabeforschung. Dort wird geschaut, wer ins Theater und ins Museum geht und wer nicht und warum. Wenn man das genau weiß, kann man darauf aufbauend Transformation vorantreiben. Das ist, finde ich, ein hervorragendes Beispiel, bei dem man sich etwas abschauen könnte.

**Dr. Dagmar Hänel (Landschaftsverband Rheinland):** Herr Bialas, Sie haben uns die Frage gestellt, wie wir uns eigentlich diese Plattform vorstellen. Dass natürlich eine digitale Plattform, eine Internetseite, eine Face-to-Face-Beratung und -Kommunikation nicht ersetzt, ist vollkommen klar.

Wir sehen diese Plattform, die wir anbieten möchten, auf mehreren Schichten arbeitend. Die erste Schicht ist wirklich ein reines Angebot von Informationen, wo wirklich ganz schnell die aktuellen Informationen da sind, wo man beispielsweise auch zu Förderprogrammen direkt verlinkt wird.

Eine zweite Ebene ist, dass man ins Digitale konkrete Beratungsangebote einbindet, beispielsweise die Sprechstunde des Restaurators aus unserer Archivberatung zum Thema: Wie gehe ich mit empfindlichen Materialien um, beispielsweise Papier oder Textil unter bestimmten Temperaturbedingungen? Montagnachmittags 16:00 bis 18:00 Uhr. – Das kanalisiert die Anfragen, die sowieso bei unseren Museums- und Archivberatungen auflaufen.

Das dritte Element ist ein bisschen das Immaterielle. Solche Plattformen können ein Netzwerk sein. Wie das funktioniert, haben wir im deutlich Kleineren gelernt und bei unseren digitalen Angeboten bei der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr gemerkt. Die digitalen Beratungsangebote unserer Denkmalpflege, unseres Archivamts in genau diesen Formen, einer digitalen Sprechstunde zum Beispiel, wurden sehr gut angenommen und haben sehr gut funktioniert. Hier ist quasi der Absprungpunkt in die tatsächliche personale Face-to-Face-Beratung. Bei einem individuellen Problem ist der Experte oder die Expertin auf der Gegenüberseite, und man kann sich verabreden und dann miteinander in das direkte Gespräch und die direkte konkrete Beratung gehen.

Sie haben – ein bisschen plakativ – das schöne Beispiel mit dem alten Kühlschrank genannt. In beiden Landschaftsverbänden sind wir mit diesen Problemen der steigenden Energiekosten ja nicht erst seit gestern konfrontiert, sondern arbeiten daran eigentlich sehr konkret schon seit Beginn des Sommers mit Maßnahmen, die entwickelt werden, um diese 20 % einzusparen. Das machen nicht nur wir, sondern wir haben

gehört, das machen im Prinzip alle Kultureinrichtungen, auch in der Fläche. Wir haben einen engen Kontakt, eine enge Bindung auch gerade an ehrenamtlich getragene Kultureinrichtungen. Die tun das auch. Also dass der alte Kühlschrank vielleicht ein Problem darstellen könnte, wissen die alle. Die Expertise ist in den Häusern vorhanden; das haben wir hier ja auch gehört.

Auch dazu soll diese Plattform, dieses Netzwerk dienen, dieses Wissen, das in den einzelnen Häusern, in einzelnen Sparten vorhanden ist, für alle zugänglich zu machen und Verbindungen zu schaffen. Ich glaube, dass wir damit den gesamten Kulturbereich über alle Sparten hinweg stärken können.

**Bernd Schliephake (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen):** Ich nehme die Frage zur Wirtschaftsförderung auf, die Sie gestellt hatten: Wie kann das für den Betrieb der Institutionen hilfreich sein? Wo wären da Ansätze? Förderungen sind ein sehr adäquates Mittel, um uns zu helfen, um bestimmte Investitionen zu schultern.

Man muss aber sagen, dass viele Institutionen keine Betreiber ihrer Liegenschaften sind, sondern sie sind oftmals nur für die Wartung und Instandhaltung zuständig. Die eigentlichen Investitionsmaßnahmen in die Gebäude werden zum Teil über die Liegenschaftsbetriebe abgedeckt. Das ist ein Unterschied zu den beiden Liegenschaften, die wir haben. Diesen Unterschied sieht man ganz extrem darin, dass wir in der Lage sind, unsere Investitionen selbst zu steuern und Förderprogramme selbst auf den Weg zu bringen und das auch zu koordinieren. Das ist also nicht nur eine Frage, ob eine Förderung in einem Haus ankommen kann, sondern wer in dem Haus so zielgerichtet für Investitionen sorgen kann, nicht nur im Bereich der Energieeinsparungen.

Deswegen plädiere ich dafür, dass man in Kulturinstitutionen Kapazitäten schafft, Ressourcen schafft, Personen verantwortlich macht, die in Zukunft für Nachhaltigkeit verantwortlich sind und dann vor Ort viel stärker wirken können und bessere Strategien entwickeln können, wie der Betrieb solcher großen und mittleren Häuser stattfinden kann.

Herr Bialas fragte: Wie können so hochtechnisierte Häuser überhaupt in Zukunft noch existieren? Sind das noch die richtigen Lösungen für die Kulturinstitutionen und -betriebe? Wir erleben das ja in zwei Häusern, einmal in einem denkmalgeschützten Gebäude, dem K21, und wir haben auch eine Architekturikone aus den 80er-Jahren am Grabbeplatz.

Wir sehen auch, dass moderne Museen wie das Museum des 20. Jahrhunderts in Berlin nach wie vor von Architektur geprägt sind, die nicht dazu anmutet, Energie einzusparen zu wollen, sondern dort tut man genau das Gegenteil. Deswegen ist da meiner Meinung nach starker Handlungsbedarf gegeben. Das ist quasi die andere Seite des Denkmalschutzes, würde ich fast denken. Man muss sich natürlich bei der ganzen Technisierung der Museen – nur darüber kann ich sprechen – immer Gedanken darüber machen: Was ist in der Euphorie des 20. oder 21. Jahrhunderts vielleicht auch überzogen worden?

Wir sind ja auch selbst dabei – ich habe es auch schriftlich dargelegt –, mit dem Deutschen Museumsbund dafür Sorge zu tragen, dass wir Museumsstandards, was die Klimatisierung angeht, herunterschrauben, wie größere klimatische Schwankungen

zuzulassen und das mit Leihgebern und internationalen Häusern abzustimmen. Wir versuchen, auf diesem Wege ohne größere Investitionen, sondern nur mit Umprogrammierungen von Klimaanlage dafür Sorge zu tragen, dass Energieeinsparungen auch in Zukunft möglich sind.

**Andreas Kornacki (Düsseldorfer Schauspielhaus):** Herr Haug, Sie haben nach dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds gefragt und danach, wie er konkret ausgestaltet werden sollte. Das Wichtigste ist, dass man sich Gedanken darüber macht: Was ist als Vergleichsjahr die Berechnungsgrundlage? Denn die Kultureinrichtungen hatten ja durch Corona Schließzeiten. Wenn man einfach eine Spielzeit als Vergleich nimmt, in der nicht gespielt wurde, ist der Energieverbrauch automatisch geringer. Damit ist natürlich keine geeignete Vergleichsgrundlage gegeben. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt insbesondere, seitdem klar ist, dass die Hilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds kommen werden und nicht aus den Coronarestmitteln, wie es ja ursprünglich sein sollte. Wenn wir also jetzt in einen allgemeinen Wirtschaftstopf kommen, ist das ein ganz wesentlicher Punkt.

Ein Detail ist auch nicht zu vernachlässigen: Was ist denn mit Steuersätzen? Wir sind gemeinnützig. Wir sind nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Was bringt das möglicherweise für Probleme, wenn wir in einen Fördertopf kommen, der für die Wirtschaft ausgelegt wird, die vorsteuerabzugsberechtigt ist? Hat das Konsequenzen, über die man vorher einmal nachdenken sollte, damit nicht hinterher in den Einrichtungen das Problem entsteht?

Der dritte Aspekt: Vorlauf. Geben Sie uns bitte ein bisschen Vorlauf, um diese Dinge, diese Anträge, vorzubereiten. Wir sind vielleicht nicht bei jeder Zahl aus dem Stand in der Lage, sie sofort im Nachhinein zu recherchieren. Der Hinweis auf verschiedene Trägerstrukturen ist richtig. Unser Schauspielhaus hat eigene Zähler. Wir haben aber Spielorte und Probenorte, an denen wir keine eigenen Zähler haben. Da sind wir an anderen dran, die für uns eine Nebenkostenabrechnung machen. Diese Aspekte sind nicht zu unterschätzen. Die sind wichtig für uns, wenn wir diese Zahlen für einen Antrag für Hilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds stellen sollen. Da hilft gegebenenfalls auch noch einmal eine Nachfrage bei den Interessenverbänden, die ja zum Beispiel auch hier sind und auch bundesweit aktiv sind: Wie ist da die Vielfalt im Kulturbereich? Das ist einfach aufgrund der Trägerstrukturen vielfältiger als es bei einem Wirtschaftsunternehmen der Fall wäre.

Die Frage nach der Unterstützung vom Land – da nehme ich jetzt die Fragen von Ihnen, Herr Bialas, und von Ihnen, Herr Haug, ein wenig zusammen – betrifft für mich einmal das Thema „Vergaberecht“. Das sind einmal Vergabeschwellen. Das ist ganz banal. Wenn ich 400 – oder in unserem Fall 250 – Ventile kaufen müsste, geht es schlicht und ergreifend auch manchmal um eine Menge, die eine bestimmte Wertgrenze überschreiten kann.

Auf der anderen Seite ist aber auch immer wieder wichtig die Bitte um eine Festbetragsfinanzierung, die einfach Planbarkeit schafft, und keine Fehlbetragsfinanzierung. Das ist eine große Hilfe für Einrichtungen, wenn sie vorher wissen, wie viel Geld zur Verfügung steht. Wenn man günstiger einkauft, ja, könnte man das als Vorteil betrachten.

Man kann aber auch einfach sagen: Man hat wirtschaftlich gehandelt. – Das ist für mich ein wichtiger Punkt.

Der andere Punkt ist natürlich der: Es gibt zum Teil innovative Lösungen, bei denen es wahnsinnig schwierig ist, Vergleichsangebote einzuholen. Wir hatten uns eine smarte Lösung für Heizungsthermostate aus Hamburg angeguckt. Wir hätten keine adäquaten Vergleichsangebote einholen können, weil dieses System relativ einmalig ist. Wir haben es dann anders lösen können. Denn wir haben tatsächlich die Kompetenz inhouse. Unsere Kollegen haben dann gesagt: Wir schließen das selber an unsere KNX-Steuerung, also an die Gebäudeleittechnik, an. Wir machen das als Inhouse-Projekt.

Aber das ist nicht zu unterschätzen. Wenn man innovative Lösungen will, mit was vergleiche ich das denn, wenn ich nicht eine wahnsinnig komplizierte Projektausschreibungsphase machen will, um überhaupt erst mal zu definieren, welches Projekt ich ausschreiben will, um dann festzustellen, dass der Winter vorbei ist? Das wäre in der Tat zum Beispiel auch die Fragestellung. Insofern ist das keine Antwort, sondern eine Aussage über eine gewisse Hilflosigkeit: Wie bilde ich denn innovative, nicht vergleichbare Lösungen im Zuwendungsrecht ab?

**Prof. Dr. Robert von Zahn (Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen):** Herr Jablonski, Sie haben diese schöne Frage gestellt, ob Rücklagen ein Mittel sind, um Kultureinrichtungen resilienter zu machen. Es fällt mir leicht, das zu beantworten. Ich sage einfach: Ja.

Für Sie ist das nicht leicht. Sie haben es im Koalitionsvertrag stehen, dass Sie es machen wollen, und Sie wissen selbst, das ist ein hartes Brett. Die Selbstbewirtschaftungsmittel des Kulturministeriums helfen da nicht wirklich weiter. Die gewähren nicht die notwendige Planungssicherheit, weil man nicht genau weiß, was man zurückbekommt von dem, was man am Jahresende reingibt. Das ist also eigentlich nicht mit Rücklagen zu verwechseln. Die Verpflichtungsermächtigungen bieten keinen richtigen Lösungsansatz. Sie werden nicht umhin kommen, wenn Sie diesen Vertragsteil erfüllen wollen, das Zuwendungsrecht grundsätzlich reformieren zu müssen. Das stand vor fünf Jahren auch im Koalitionsvertrag.

Herr Pfeil, Heike Herold setzt sich dafür ein, dass eine neue Form von Unterstützung für Einrichtungen der Soziokultur und der gesamten Freien Szene eingeführt wird, weil sie weiß, dass die institutionellen Förderungen in NRW begrenzt sind. Man kann nicht beliebig immer mehr davon aussprechen. Sie weiß aber auch, dass die Projektförderungen einfach gar nicht dazu angelegt sind, Häuser grundsätzlich abzusichern. Sie sucht einen Weg in der Mitte zwischen beiden Fördersystemen, der es ermöglicht, dass diese Häuser wirklich planungssicher über mittelfristige Zeiträume arbeiten können mit dem Gefühl, abgesichert zu sein. Sie sieht da auch Möglichkeiten.

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass im vorletzten Jahr eine neue Kulturförderrichtlinie herausgekommen ist, die zum Beispiel bestimmte Verwaltungskosten jetzt als förderzulässig bezeichnet, die man früher nicht einbringen konnte. Wenn man das ausweitet und nach und nach die ganzen Grundkosten einer Einrichtung ermöglicht, durch

eine Projektförderung fördern zu lassen, hat man natürlich der Einrichtung einen Dienst erwiesen, was die Absicherung insgesamt angeht. Das kann ein Weg sein. Die von Herrn Jablonski erwähnte Überjährigkeit von Fördermitteln, das Bilden von Rücklagen usw. – das sind alles wichtige Instrumente, um eine solche strukturelle Absicherung zu ermöglichen.

Dass sie das Publikumsproblem dabei mit benannt hat, liegt daran, dass die jetzige Situation die Einrichtungen dem Risiko von Krisen einfach ziemlich unbegrenzt aussetzt und dass die aktuelle Publikumssituation dieses Risiko noch vergrößert. Denn gerade für die soziokulturellen Zentren und auch für viele andere Freie-Szene-Einrichtungen ist der Eintritt an der Kasse ein wesentlicher Teil der Finanzierung. Wenn man den überhaupt nicht mehr planen kann und erst an der Abendkasse merkt, ob 50 Leute kommen oder drei oder 280, dann hat sich das Kalkulationsrisiko so weit vergrößert, dass diese Häuser einfach dringend eine Unterstützung brauchen.

Wenn ich darf, würde ich gerne noch eine Frage beantworten, die gar nicht an mich gestellt worden ist. Andreas Bialas hat gefragt, inwieweit die Einrichtungen auf Einsparungen vorbereitet sind. Dazu haben meine Vorredner schon kluge Sachen gesagt. Ich würde gerne auf einen Aspekt hinweisen.

Bei vielen Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft, vor allen Dingen bei Musikclubs der Pop- und Rockszene, haben wir in den vergangenen drei, vier Jahren einen richtigen Modernisierungsschub gesehen. Da ist unheimlich viel getan worden, gerade in Bezug auf Klimatechnik, Schallschutz und all diese ganzen Dinge und eben Energieeffizienz.

Die haben jetzt mit großer Unruhe gehört, dass die Energiekostenhilfe daran geknüpft werden könnte, dass man seine 20 % Einsparungen erbracht hat. Denn diejenigen, die gewissenhaft ihre Hausaufgaben gemacht haben, haben mit den 20 % ein weitaus größeres Problem als die anderen, die gerade in der Coronakrise, in der das Haus sowieso geschlossen war und man es eigentlich gut hätte umbauen können, nichts getan haben. Die bringen ihre 20 % jetzt ziemlich leicht zustande.

Deswegen plädieren wir dafür: Wenn es wirklich eine solche Bedingung gibt, dann sollte man das Referenzjahr für die Einsparung ruhig ein bisschen weiter zurückdatieren, auf 2018 oder so, damit möglichst viele von denen mit in den Schirm fallen, die in den letzten drei Jahren etwas getan haben.

**Manuel Moser (Arbeitskreis Kinder- und Jugendtheater Nordrhein-Westfalen):**

Auf die Frage von Herrn Jablonski zu den Rücklagen kann ich mich Herrn Professor Dr. von Zahn nur anschließen mit einem ganz klaren Ja.

Ich würde gerne noch für die kleineren Institutionen einbringen, dass für uns diese Frage auch ganz eng gekoppelt ist mit der Frage von Eigenanteilen. Wie soll es einem Künstler, einer Künstlerin, einem kleinen Theater beispielsweise möglich sein, Eigenanteile von 10 oder 20 % zu erbringen, um weitere Drittmittel einzuwerben, wenn wir keine Rücklagen bilden können? Das will ich nur ergänzen. Ansonsten bin ich absolut d'accord mit meinem Vorredner.

**Kurt Eichler (Fonds Soziokultur):** Ich möchte auf die Fragen von Herrn Bialas antworten, und zwar einmal dazu, wie weit die Einrichtungen auf diese Energieeinsparungen vorbereitet sind. Es ist einiges gesagt worden zur Rücklagenbildung, zur Festbetragsfinanzierung als Notwendigkeit, als Regelförderform in NRW.

Eine andere Frage ist, wie Denkmalschutzaufgaben gerade im Bereich der Soziokultur hinderlich sind, Energieeinsparmaßnahmen vorzunehmen. Das gilt insbesondere für die industriekulturellen Bauten, auf die wir ja so stolz sind, die aber natürlich Raumkubaturen haben, die im Grunde genommen eine Energieeinsparung erst einmal unmöglich machen. Wenn dann noch der Denkmalschutz zusätzlich draufkommt, dann haben wir erst recht ein Problem. Das ist auch eine Frage, wie weit wir in der jetzigen Situation Denkmalschutz auch etwas anders definieren müssen. Wir können nicht jeden Schnörkel und jede Tür erhalten, was dazu führt, dass erhebliche Energie verloren geht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Gerade die kleineren Einrichtungen im soziokulturellen Bereich sind natürlich auch, was die Personalkapazitäten betrifft, nicht gut aufgestellt. Teilweise arbeiten Einrichtungen mit zwei oder drei Hauptamtlichen, die vielleicht sogar nur noch in Teilzeit arbeiten. Hier ist überhaupt gar kein Raum vorhanden, um Anträge zu stellen, um an solche Energiesparmaßnahmen heranzukommen, also Fördermittel zu erhalten. Die brauchen dafür Fachkompetenz. Die brauchen auch ein Backing durch entsprechenden technischen Sachverstand. Insofern ist die Frage der Unterstützung gerade auch im personellen Bereich für die kleineren Einrichtungen wichtig, die oftmals noch nicht einmal eine eigene technische Leitung haben, die das vielleicht teilweise mit abdecken könnte.

Der Fonds Soziokultur hat im Rahmen der Coronaunterstützung des Bundes, im Rahmen des Notstandsprogramms, in den letzten beiden Jahren bewusst keine Projektförderung mehr ausgereicht. Wir haben die Mittel dafür verwendet, dass die Einrichtungen mit entsprechenden Geldern ihre eigene Arbeit auf den Prüfstand stellen konnten, das heißt, Transformationsprozesse einleiten konnten, insbesondere im Bereich von Klimaschutzmaßnahmen. Das war ein sehr erfolgreiches Programm. Wir werten das gerade aus.

Ich denke, dass das, was wir dort entwickelt haben, auch vielleicht für andere Einrichtungen beispielgebend sein kann. Das ist wirklich Neuland, das wir betreten haben, bewusst weg von der Projektitis, die ja auch nicht dazu führt, dass man Rücklagen bilden kann, dass man gerade im Energiebereich irgendwelche Einsparungen oder Maßnahmen mit entwickeln könnte. Das war ja auch gerade, was bauliche Maßnahmen angeht, im Rahmen der Projektförderung ausdrücklich ausgeschlossen. Da darf man baulich nichts machen. Das ist auch ein Punkt.

Beratungsplattform: Ja, wir brauchen gebündelte Informationen. Wir brauchen digitale Wegweiser, die öffentlich zugänglich sind, die auch auf unterschiedliche Trägerstrukturen abgestimmt sind; das ist gerade auch schon einmal erwähnt worden. Wir brauchen vor allen Dingen auch örtliche Anlaufstellen, die die Einrichtungen entsprechend unterstützen. Auch daran mangelt es, weil gerade im Bereich der technischen Dienste die Städte ziemlich ausgeblutet sind. Einer eigenen Kultureinrichtung, einem Museum, einem Theater, einer Bibliothek entsprechende Dienstleistungen zukommen zu lassen,

scheitert schon, weil das Fachpersonal nicht da ist, erst recht für die Bereiche, die im freien Sektor angesiedelt sind.

Erstberatung: Ja. Das ist wichtig. Ich denke auch, Erstberatung kann man gebündelt vornehmen. Das kann man natürlich auch durch Fortbildungsveranstaltungen, die man dezentral im Lande organisiert, machen. Da gäbe es mit Sicherheit auch ganz große Resonanz, wenn das Ministerium so etwas einleiten würde. Aber ich denke, irgendwann muss auch eine technische Fachkompetenz vor Ort sein, die dann in der Einrichtung prüft, welche Energiesparmaßnahmen sinnvoll, effizient und finanzierbar sind.

Um ein Beispiel zu nennen: Wenn Sie in einem soziokulturellen Zentrum mittlerer Größe eine Wärmepumpe einbauen wollen, dann kostet Sie das locker mit Installation und Anlage an die 40.000 bis 50.000 Euro. Dann brauchen Sie aber eine Fotovoltaik, um die auch bedienen zu können, damit die entsprechende Energie eingespart wird. Sie brauchen auch eine entsprechende Isolierung. Das heißt, Sie sind auch bei kleineren Einrichtungen sehr schnell bei einem Millionenbetrag. Das sind Beträge, die freie Einrichtungen überhaupt nicht stemmen können.

Aber freie Einrichtungen machen in NRW einen Großteil der Kulturlandschaft aus, gerade in den unterversorgten Regionen im ländlichen Bereich. Ich hatte vorhin das Thema „Dritte Orte“ angesprochen. Das ist ein super Landesprogramm. Das soll auch fortgeführt und ausgeweitet werden. Das hilft natürlich auch, Mobilitätskosten zu reduzieren, gerade im ländlichen Bereich, wo die relativ hoch sind. Da müssen wir investieren, aber dafür brauchen wir sehr viel Geld. Bei der ganzen Euphorie, was Energieeinsparungen angeht, vermisste ich das manchmal ein bisschen. Wir müssen irgendwo in die Praxis kommen. Wir müssen auch die Kosten sehen und wissen, wer diese Kosten übernehmen kann. Eigenmittel haben diese kleinen Einrichtungen in der Regel überhaupt nicht. Das heißt, sie stehen, gerade wenn Energiepreiserhöhungen kommen, vor Liquiditätsproblemen, wenn sie die Rechnung innerhalb von vier Wochen bezahlen müssen, und sie haben keine Eintrittseinnahmen, weil Publikum weggeblieben ist. Wir haben gerade in Dortmund erlebt, dass eine freie Initiative, die jährlich 30.000 Menschen erreicht hat, platt ist. Die können nicht mehr und haben aufgegeben. Das sind Situationen, die den freien Kulturbereich betreffen.

Technische Hochrüstung der Kultureinrichtungen: Das war die dritte Frage. Ja, wir müssen Standards überprüfen. Wir müssen auch einen energieeffizienten Rückbau von Technik machen. Auch das ist, glaube ich, angesagt. Es hat gerade in der letzten „Politik & Kultur“ des Deutschen Kulturrats der Direktor des Rathgen-Forschungslabors der Staatlichen Museen zu Berlin gesagt: kein Weiter-so. Die Zeit der Glaspaläste ist vorbei. – Er sagt: Wir brauchen im Grunde genommen einen Rückbau dessen, was wir gerade im Bereich Beleuchtung, Klimatisierung in den letzten Jahren hochgerüstet haben. – Das kostet wahnsinnig viel Geld. Ich habe eine sehr große Kultureinrichtung geleitet, bei der wir ein eigenes Kraftwerk bauen mussten, um den Energiebedarf zu decken, weil die ganzen Leitungen das nicht mehr aushielten. Darüber müssen wir dringend nachdenken. Wie weit wollen wir technische Ausstattung in Einrichtungen haben? Er sagt in dem Interview, was ich bedenkenswert finde: Die Museen, die wir im 19. und im frühen 20. Jahrhundert gebaut haben, brauchen keine Klimatisierung. Die sind so gebaut worden, dass die dicken Wände und die wenigen Glasflächen, die

eingebaut worden sind, für die Kunst und zur Einhaltung der konservatorischen Voraussetzungen ausreichend sind.

**Jasmin Vogel (Kulturforum Witten):** Herr Jablonski, ich fange mal mit Ihrer Frage an. Ich muss die bezüglich des Altschuldenfonds mit Jein beantworten, und zwar aus mehreren Gründen. Natürlich müssen wir die Kommunen wieder ermächtigen. Die Frage ist: Wo kommt das dann an? Da wird Kultur nicht der erste Ansprechpartner sein. Ich weiß nicht, ob wir die Zeit haben. Deswegen würde ich eher sagen, man muss von beiden Richtungen gucken. Auf der einen Seite geht es darum, die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Auf der anderen Seite aber – jetzt mache ich mal so eine kleine Wunschbox auf –: An sich müssen wir die öffentliche Verwaltung insgesamt transformieren. Da müssen wir uns alle nichts vormachen. Die öffentliche Verwaltung wird so, wie sie aufgestellt ist, auch mit Blick auf Digitalität, Diversität und Nachhaltigkeit nicht mehr funktionieren. Warum können wir nicht die Kultur als Modell dafür nehmen? Können wir nicht die Speerspitze sein, wie Verwaltung transformiert werden kann – das bringe ich hier mal ein –, vielleicht auch mit einem Förderprogramm wie mit Blick auf die Musikschuloffensive, auch über die konkrete Schaffung von Stellen und Personal, das in die Systeme reingeht. Denn wir müssen das System von innen heraus verändern. Das wird von außen nicht funktionieren, weil sich Arbeitsweisen und Haltungen verändern müssen. Es ist zwar schön, wenn wir darüber sprechen, dass wir Nachhaltigkeit wollen. Wir wissen aber, wie schwierig das ist, das im alltäglichen Handeln in allen Entscheidungen, die wir treffen, zu implementieren. Dafür braucht es die Leute im System. Deswegen sage ich Jein. Ich glaube, man wird von beiden Enden darauf gucken müssen – ohne dass ich aus der Politik komme. Ich weiß, dass das ein sehr politisches Thema ist.

Die soziokulturellen Zentren müssen eigentlich viel stärker von den lokalen Kulturverwaltungen unterstützt werden, auch finanziell. Das kann nicht nur über die Vereinsstrukturen und die Fördermittel von außen sein, sondern die müssen auf kommunaler Ebene viel mehr in den Fokus rücken. Da sehe ich auch die Kulturverwaltungen in der Pflicht. Dazu sind sie aber nicht in der Lage. Darauf werden wir genau gucken müssen.

Ich hoffe, das beantwortet die Frage, auch wenn es ein Jein ist.

Zur Frage von Ihnen, Herr Dr. Pfeil: Experiment. Ich möchte in zwei Richtungen antworten, ähnlich wie Kurt Eichler das gesagt hat mit diesem „kein Weiter-so“. Wir müssen über andere Programmatiken sprechen. Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist, dass wir in vielen Bereichen gar nicht die Spielräume haben, um über Programmatiken zu sprechen. Das ist in den großen Metropolen einfacher, weil wir da von einer anderen Dynamik innerhalb der kulturellen Szene sprechen und auch viel in diese Laborcharaktere investiert wurde. Es gibt die Open Labs. Die gibt es in Museen, an den großen Theatern. Da gibt es schon gewisse Spielräume.

Wenn ich mir aber so ganz klassisch ein Bespieltheater anschau: Wir haben jetzt dieses Risiko von Veranstaltungen, das heißt, wir wissen nicht mehr, was läuft und was nicht läuft. Das ist klar, mache ich Comedy, ist die Hütte voll, also mache ich Comedy. Mache ich Kinderveranstaltungen, ist die Hütte voll, also mache ich das auch. Was ist aber, wenn mir klar ist, dass vielleicht dieses Publikum ab einem gewissen

Punkt so nicht mehr kommt? Da muss ich mich fragen: Wie schaffe ich es, in der Breite Experimentierfelder zu schaffen, um mit neuen Programmatiken im Digitalen, aber auch an dieser Schnittstelle zwischen Ehrenamt, Engagement von außen, freier Szene zu agieren?

Da möchte ich ein Beispiel nennen: Neue Künste Ruhr. Das ist so ein Programm, das sehr bewusst spartenübergreifend, ressortübergreifend von Ihnen an den Start gebracht wurde und zum Beispiel auch Zirkus mit in den Blick genommen hat. Da sind tolle Projekte an den Start gebracht worden, die genau diesen Experimentierraum mit Blick auf Digitalität erproben. Das brauchen wir, glaube ich, in der Fläche.

Das meine ich mit Experimentierfläche, programmatisch, aber auch strukturell. Ich hoffe, das beantwortet die Frage.

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Vielen Dank, Frau Vogel. – Die erste Runde haben wir, finde ich, gut gewuppt. Ich rufe jetzt die zweite Fragerunde auf.

**Sebastian Haug (CDU):** Ich habe eine Frage an Frau Vogel sowie an die beiden Herren Kornacki und Schliephake. Ich würde gerne noch mal auf das Beratungs- und Informationsnetzwerk zu sprechen kommen, das, was die Landschaftsverbände als 360°-Plattform bezeichnet haben. Frau Dr. Hänel hat eben erläutert, wie die Landschaftsverbände sich eine Plattform vorstellen und was sie darunter planen. Das war sehr gut. Herzlichen Dank dafür. Das ist also eine Plattform insbesondere im Hinblick auf Klimaschutz, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit. Meine Frage an Frau Vogel und die beiden Herren lautet: Wie müsste ein solches Netzwerk konkret aussehen? Wie müsste es ausgestaltet sein, damit es für Sie, für die Institutionen vor Ort, von Nutzen ist?

**Andreas Bialas (SPD):** Ich habe noch weitere Fragen an Herrn von Zahn, an Frau Heid und an Herrn Moser. Sie sagten ja auch noch mal, im Bereich der Ausrichtung der Hilfen, aber auch der Angebote müsste jenseits der Energieeinsparungen auch noch etwas thematisch in den Blick kommen, nämlich die kulturelle Bildung. Dazu möchte ich noch eine Frage stellen nach dem Motto, was wir an Krisen haben, was Frau Vogel gerade gesagt hat, wer kommt zu was eigentlich. Das heißt: Ist letztendlich auch noch einmal eine parallele Debatte notwendig um gewisse Bedeutungen, gewisse Wichtigkeiten und Relevanzen?

An Herrn von Zahn habe ich noch die Frage zu Kompensationen, Programmen im Hinblick auf Unterstützung und Hilfe für Künstler\*innen. Sie sagten etwas in Richtung Stipendienprogramm. Gibt es auch noch weitere Überlegungen und Punkte oder Konkretisierungen, wie so eine Hilfe aussehen könnte?

An Frau Heid habe ich die Frage – in Fortführung von Herrn Dr. Pfeil –: Wie sieht es woanders aus mit den Transformationen? Gibt es auch so etwas wie Transformationsberatung? Wer führt Transformationsberatungen durch? Wer macht Transformationsforschung? Können uns auch diese Beispiele zur Verfügung gestellt werden? Wo findet Forschung statt, was eigentlich im Bereich der Transformation notwendig ist? Das

ist ja ein riesengroßes Wort. Was bedeutet das eigentlich im Konkreten? Wer beschäftigt sich eigentlich damit, das auch mal konkretisiert durchzubuchstabieren?

An Frau Vogel habe ich noch eine Frage in Richtung Strukturänderungen. Sie haben ja schon einiges dazu gesagt. Sie haben auch ein bisschen darauf verwiesen – nicht ganz so fröhlich –: Der Verwaltungsbereich ist in den Kommunen eigentlich zunächst originäre Aufgabe der Kommunen, wie sie das für sich selber handhaben und wie weit dann der Bereich Stärkung von Kulturverwaltung unterstützt werden kann. Herr Eichler hat ja vorhin auf das Kulturgesetz verwiesen. Wir haben auch Kontraktmöglichkeiten. Also: Was wäre da eine Möglichkeit, das auch im Schulterschluss mit den Kommunen anzuregen, dass die Kommunen, die ja wahrscheinlich im ersten Schritt nicht so begeistert sind, auch in den Bereich der Kulturverwaltung mit glücklicherem Blicke hineinschauen?

Dann habe ich noch die Frage, weil wir – herzlichen Dank für den Hinweis – bei Transformationen in der Tat häufig erst einmal in die Institutionen, Einrichtungen etc. gucken und wenig in die Verwaltung, wie da auch noch einmal eine Vernetzung sein kann auch letztendlich in der Frage Erzeugen von Haltungen und Entwicklung von Haltungen.

**Frank Jablonski (GRÜNE):** Ich möchte nur eine kleine Anmerkung machen, weil das Thema jetzt dreimal aufgekommen ist. Ich wollte es eigentlich nicht erwähnen, aber es geht um den Widerspruch zwischen Denkmalschutz und Fotovoltaik. Ich könnte das jetzt in eine Frage packen: Ist Ihnen bekannt, dass vor ca. zwei Wochen vom Bauministerium eine Richtlinie veröffentlicht worden ist, die besagt, dass ab sofort Fotovoltaik regelhaft auf denkmalgeschützten Gebäuden installiert werden kann und soll? Das heißt, wenn Sie Probleme haben mit denkmalgeschützten Gebäuden, auf denen Fotovoltaik angebracht werden soll, bitte reden Sie mit der Unteren Denkmalbehörde Ihrer Wahl und berufen Sie sich auf diese Richtlinie. Denn dieses Problem wurde vor ca. zwei Wochen gelöst. Das war eine Anmerkung und keine Frage. Das bitte ich zu entschuldigen, aber es war mir jetzt wichtig, weil es mehrfach erwähnt worden ist.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Meine Frage geht an Herrn Schmalenstroer und Frau Hänel, und zwar auch in Bezug auf die 360°-Plattform. Meine Frage ist: Wie wird sie gespeist? Wer verwaltet die Plattform? Was können Sie mir zu diesen beiden Punkten sagen?

Eine weitere Frage geht an Herrn Moser. Er schreibt in seiner Stellungnahme, dass es „langfristige Investitionen in die Struktur der freien Szene und hier insbesondere in das Theater für junges Publikum“ braucht. Meine Frage ist: Können Sie ungefähr abschätzen, wie sich die Kosten da prozentual jetzt in diesem Jahr und im nächsten Jahr möglicherweise steigern im Verhältnis zu den Vorjahren?

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich würde dann mit Frau Heid beginnen.

**Katherine Heid (Kulturpolitische Gesellschaft):** Danke für die Fragen. Wenn ich das richtig verstanden habe, war das eine zweifache Frage, Herr Bialas. Sie hatten ange-

fangen mit einer Frage zum Themenkomplex „kulturelle Bildung“ und dann noch eine Frage zur Transformationsforschung gestellt.

Zur kulturellen Bildung möchte ich einfach nur noch einmal verstärken, weil ich das mehrfach genannt habe und ich das für zentral halte: Es geht mir um kulturelle Bildung zunächst einmal für alle, im schulischen wie auch im außerschulischen Bereich. Es geht darum, die Relevanz zu stärken und wiederherzustellen dadurch, dass ich diese Diversität wieder reinhole in die Kulturbetriebe. Wenn alle Menschen, alle Kinder und Jugendlichen lernen, ein Instrument zu spielen, wenn sie alle das Gefühl haben, sie waren schon mal im Theater, im Museum, wenn Kulturtechniken vermittelt werden, stärkt das natürlich die Position und bringt Leute wieder zurück auch in Zukunft in die Theater und die Museen.

Die andere Seite der kulturellen Bildung, das Gefühl der Selbstwirksamkeit, der Kritikfähigkeit, des kritischen Denkens, des Zusammenhalts sind Faktoren für die Demokratie. Wir sehen ja, wie die Demokratie gerade durch bestimmte antidemokratische Kräfte angegriffen wird. Es ist auch wichtig, an die Stärkung der Demokratie zu denken. Das ging in den Coronazeiten verloren. Da haben wir gemerkt, dass auch in der Schule die Kultur auf einmal, wenn es hart auf hart kommt, doch nicht wichtig ist. Musikunterricht, der sowieso fachfremd unterrichtet war, fiel auf einmal weg. Das wird sich rächen. Wir müssen da unbedingt ran. Das heißt, ich würde wirklich dafür plädieren, auf gar keinen Fall jetzt in diesem Bereich zu kürzen, denn das ist zentral für jetzt und für die Zukunft.

Ihre andere Frage zur Transformationsforschung: Das ist eine schwierige Geschichte. Ich würde mal behaupten, wenn man Transformation im Sinne der Nachhaltigkeit sieht, wenn man die verschiedenen Säulen der Nachhaltigkeit betrachtet und sagt, wir müssen ökologische Nachhaltigkeit, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit vorantreiben, gibt es fachspezifische Studien zur ökologischen Nachhaltigkeit. Es gibt auch eine sehr interessante Studie der Kulturstiftung des Bundes aus den letzten Jahren, die geschaut hat: Wie sieht es denn aus mit der ökologischen Nachhaltigkeit, mit dem ökologischen Fußabdruck, den wir als Kulturinstitutionen haben? Das gibt es. Es gibt Forschungen, die die Kulturpolitische Gesellschaft vorangetrieben hat, zu Digitalität als Treiber der Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit dem Bundesumweltamt. Das sind immer ganz spezifische Sachen.

Es fehlt ein Überblick darüber: Was würde es eigentlich bedeuten? Wo sind die Hebel, an denen man ansetzen könnte? Wo stehen die einzelnen Institutionen? Wo müssen sie hin? Wo sind sie nach einem Jahr und nach zwei Jahren? Das fände ich tatsächlich wichtig, damit wir nicht im Dunkeln herumstochern. Diese Forschung wäre zentral, um Wandel voranzutreiben.

**David Schmalenstroer (Landschaftsverband Westfalen-Lippe):** Vielen Dank, Herr Dr. Pfeil, für die Fragen. Zuerst haben Sie gefragt: Wie wird sie gespeist? – Wahrscheinlich meinen Sie damit finanziell, oder?

(Dr. Werner Pfeil [FDP] nickt.)

Wir sind da momentan noch in der Ausdifferenzierung. Der ursprüngliche Plan war, dass 50 % vom Ministerium kommen und 25 % jeweils von den Landschaftsverbänden. Wie sich das dann genau ausdifferenziert, wird momentan noch festgelegt.

Verwaltet werden soll die Plattform von zwei Stellen, die Herr Weller und ich dann bekleiden werden. Wir versuchen deshalb momentan auch, alles in die Wege zu bringen, die Plattform aufzubauen, und dann muss man mal schauen, wie sich das entwickelt. Ob wir das dann noch zu zweit stemmen können oder mehr brauchen, muss dann geklärt werden. Aber wir haben auch selber dadurch, dass wir schon Erfahrungen in dem Bereich in den Landschaftsverbänden gesammelt haben, ein großes Netzwerk an Informationen, auf das wir dann zurückgreifen können. Aber wir bauen natürlich auch gerade ein Netzwerk auf hin zu den anderen Kulturbereichen, die die Landschaftsverbände gerade nicht abdecken.

**Bernd Schliephake (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen):** Die Frage, die aufkommen war, ist: Welches Beratungstool könnte für uns hilfreich sein? Wir bedienen uns vor allen Dingen in den Gremien, in denen Museen sich aufhalten. Das ist vor allen Dingen der Deutsche Museumsbund. Ich bin selbst in einem Arbeitskreis für Sicherheit und Gebäudemanagement. Dort findet Austausch statt. Das ist natürlich sehr spezifisch und national. Lokal zwischen den Institutionen, die hier in Düsseldorf sind, berät man sich. Aber eine übergeordnete Beratungsplattform ist mir nicht bekannt. Das wäre natürlich wünschenswert. Gerade während der Energiekrise gibt es ja sehr viele neue Informationen. Mehr kann ich dazu gar nicht beitragen.

**Andreas Kornacki (Düsseldorfer Schauspielhaus):** Auch hier war ja die Frage nach der Beratungsplattform der Landschaftsverbände. Es ist sicherlich gut, eine Plattform zu haben, bei der Informationen zu Förderprogrammen gesammelt werden, denn das ist in der Tat ein Bereich, bei dem man sehr schnell, wenn man nicht regelhaft recherchiert, den Überblick verlieren kann. Das ist sicherlich ein Tool, das wichtig wäre.

Ansonsten glaube ich, dass wir mit unserem Profil als Düsseldorfer Schauspielhaus mit unserer Abteilung Gebäudemanagement eher in Teilbereichen so aufgestellt wären, dass wir Praxisbeispiele für Hilfe zur Selbsthilfe, Best-Practice-Beispiele liefern können. Ich glaube, dass das vor allem ein großer Nutzen einer solchen Plattform für Einrichtungen ist, die eben keine so umfassende Abteilung Gebäudemanagement haben, wie wir glücklicherweise in einer solchen Zeit mit tollen Kolleginnen und Kollegen bei uns zu verzeichnen haben. Insofern glaube ich, das ist für uns eher ein Aufruf: Wie können wir supporten?

**Prof. Dr. Robert von Zahn (Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen):** Ich bekam zwei Fragen gestellt, beide von Andreas Bialas. Die erste hat Frau Heid schon, wie ich finde, perfekt beantwortet. Ich schließe mich der Prioritätenbildung 100%ig an und füge zum Operativen nur hinzu: Es ist ja erarbeitet worden in der Kulturabteilung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft ein Gesamtkonzept kulturelle Bildung, das dem Kulturausschuss auch vorgelegt worden ist. Die Verbände haben noch eine ganze Reihe

von Kritikpunkten. Es wird mindestens eine Version 2.0 geben, bevor das in die Umsetzung gehen wird.

Wenn man in die Umsetzung geht, muss eine Priorität darauf liegen, dass man alle Akteure der kulturellen Bildung mitnimmt, mit unterstützt, mit einbezieht, wenn man wirklich alle Teile Nordrhein-Westfalens damit erreichen will, alle Segmente der Gesellschaft erreichen will und vielleicht sogar alle Generationen in der Gesellschaft erreichen will. Bisher wird aus meiner Sicht zu sehr in bestimmten Akteursgruppen gedacht, sodass die einen einbezogen sind, aber die anderen nicht so sehr. Man muss hier einfach alle mitnehmen.

Ich fand es sehr gut, dass heute die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien das System Schule aktiv einbezogen hat und das nächste Fachgespräch auf den Weg gebracht worden ist. Denn die Schule wird bei dieser Initiative immer mit am Tisch sitzen müssen. Sonst wird das nicht funktionieren.

Die Frage nach der konkreten Ausgestaltung der Künstlerhilfen: Ich habe ja zwei Varianten erwähnt, die auch in den schriftlichen Stellungnahmen des Landesmusikrats und beide auch in der Stellungnahme des Kulturrats ausgeführt sind.

Der denkbar einfache Weg ist ein weiteres Stipendienprogramm nach dem Vorbild der Stipendien der Landesregierung zur Coronazeit. „Auf geht's!“ war der Titel. Da muss man aber sehen: Da hat man letztlich 15.000 Leute, die man versorgt. Man kann nicht in eine Bedürftigkeitsprüfung eintreten. Es sind einfach 15.000 Akteure als Solo-Selbstständige in der Kultur tätig, und die werden sich alle melden. Dann setzt man aus 1.000 Euro pro Wintermonat und nimmt vielleicht drei Monate Winterzeitraum, wenn es ein relativ kostengünstiges Stipendienprogramm sein soll. Dann sind es aber auch schon 45 Millionen. Das erfordert einen kräftigen Schritt im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Sonst wird das nichts werden.

Das andere System ist in der Umsetzung schwieriger, finanziell aber günstiger. Da geht es um die konkrete Kompensation der Energiemehrkosten. Das heißt, die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler müssen in einem Vergleichszeitraum – ich schlage vor: Winter 2018/2019 – ihre Energiekosten in einen Vergleich setzen. Sie werden darlegen müssen, dass die Energiekosten wirklich in beruflichem Zusammenhang entstanden sind. Es ist mindestens ein Nachweis notwendig. Wir haben in der schriftlichen Stellungnahme auch die Art dieser Nachweise beschrieben, die es sein könnten. Das wird vom Volumen, was bei den Künstlern ankommt, wesentlich weniger kosten, wird aber den Bewilligungsbehörden sehr viel Arbeit machen, weil dazu eine richtige Bedürftigkeitsprüfung notwendig ist. Da kann man dann auch nicht mehr einfach 80 Leute von Robert Half mieten, um das durchzuführen. Das ist eine wirkliche Sachbearbeiterbelastung in den fünf Bezirksregierungen und beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Man wird abwägen müssen, was der bessere Weg ist.

**Manuel Moser (Arbeitskreis Kinder- und Jugendtheater Nordrhein-Westfalen):**

Herr Bialas, zu Ihrer Frage zur kulturellen Bildung würde ich mich zum größten Teil meinen Vorredner\*innen anschließen. Ich möchte vielleicht nur noch kurz ergänzen, dass es uns aus dem Bereich des Theaters für junges Publikum nicht darum geht,

dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Aber dass gute Kunst immer auch kulturelle Bildung ist, egal, für welche Altersgruppe sie produziert wird, und dass es gleichzeitig aber natürlich unser Ziel ist – ungefähr 20 % der Einwohner\*innen in NRW sind unter 18 Jahre alt –, dass der Anteil am Kulturhaushalt auch ungefähr dem entspricht ... Das wäre unser Ziel.

Zu Ihrer Frage, Herr Dr. Pfeil: Ich kann Ihnen jetzt nicht direkt die genauen Zahlen liefern; ich bin gerne bereit, das nachzureichen. Aber im Grunde genommen ist es genau das, was ich vorher sagte. Das trifft ja auch darauf zu.

Das wäre unser Ziel, zu sagen: Für uns sind junge Menschen nicht das Publikum von morgen, sondern es ist unser Publikum von heute. Dafür brauchen wir die finanzielle Ausstattung, um das zu tun, um dann auch Kultureinrichtungen anderer Art zu sichern, die man dann eher als Erwachsener wahrnimmt.

**Jasmin Vogel (Kulturforum Witten):** Ich starte mal mit Ihrer Frage, Herr Haug, bezüglich der 360°-Plattform. Ganz bin ich in dem Thema noch nicht drin. Deswegen möge man mir verzeihen, wenn ich jetzt vielleicht Dinge wiederhole, die schon irgendwie klar zu sein scheinen. Ich glaube, definitiv gebraucht wird eine Art Kompetenzerwerb, dass man konkret Veranstaltungen macht, in die Häuser reingeht, sich Dinge vor Ort anguckt, die Häuser, die wie zum Beispiel das Düsseldorfer Schauspielhaus oder auch die Kunstsammlung schon sehr gut aufgestellt sind in dem Bereich, weil sie auch eine gewisse Größe haben, auch da Unterstützung leisten können, gerade wenn es um kleinere Einrichtungen geht, in der Beratung, also wirklich diese Beratungsleistung.

Der zweite Punkt wäre für mich der Punkt, den man aus Unternehmen kennt: Learning & Development, der klassische L-&-D-Bereich. Wir müssen ja gucken: Wie bilden wir vor Ort das Personal weiter? Das wäre noch eine Frage auch an dieses Programm, inwieweit man dort Fortbildungsformate an den Start bringen könnte, die über diese Hilfsmaßnahmen hinausgehen, aber natürlich mit Blick auf Energie, aber auch mit Blick auf Betreuung und Technik, wie man das ausbauen könnte, damit die Leute vor Ort das auch letztendlich umsetzen können. Das wäre jetzt mal so aus dem Bauch heraus geschossen, was ich gut fände und was uns auch helfen würde.

Zu Ihrer Frage, Herr Bialas: Ich glaube, Verwaltung wieder stärker als Partnerin zu betrachten, werden Kulturverwaltungen müssen. Denn wir hatten ja einen Trend seit den 90er-Jahren, dass Kulturverwaltungen sukzessive immer mehr ausgegliedert wurden. Wir hatten die Eigenbetriebe. Wir sind zum Beispiel eine AöR. Das heißt, die klassischen Kulturämter sind der Verwaltung gar nicht mehr nah. Das führt am Ende dazu, dass natürlich Kultur oft vergessen wird, ob im Stab für außergewöhnliche Ereignisse oder sonst wo. Das führt auf der anderen Seite natürlich auch dazu, dass Kulturämter häufig ein bisschen flexibler waren in ihrer Arbeit.

Da wird man, glaube ich, gucken müssen: Wie kriegt man das wieder stärker zusammen, aber nicht so, dass es letztendlich die Spielfreiheit behindert? Vielmehr muss geguckt werden: Wie werden das wieder starke Partner, um dann, wenn es daran geht, auch die öffentlichen Verwaltungen und Kommunen, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, wieder stärker zu ermächtigen, Kultur auch weiter zu stärken?

Ich denke trotzdem, dass Kultur ... Ich bin jetzt mein dritter Eigenbetrieb. Ich war erst in Jena, dann war ich in Dortmund, und jetzt bin ich in Witten. Beides waren Eigenbetriebe. Das andere ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ich habe festgestellt, dass wir in der Kulturverwaltung häufig viel flexibler, viel agiler und viel schneller arbeiten können, als es die Kernverwaltung tut. Ich würde gerne den Spieß mal umdrehen, nicht dass man sich weiter separiert, sondern eher: Was können wir voneinander lernen, und was können wir mit den Mitteln der kulturellen Praxis vielleicht auch an die Verwaltung zurückspielen? Denn wenn wir von agilen Arbeitsweisen sprechen, ist es das, was letztendlich im Künstlerischen die ganze Zeit passiert. Wie überführen wir das eigentlich in unseren Arbeitsalltag? Das ist eine extrem spannende Frage, finde ich, die, glaube ich auch – dann würde ich gerne einmal den Bogen zur Wissenschaft spannen –, ... Wir hatten extrem viele Förderprogramme beim BMBF, wo es um die Transformation von Kommunen ging, sprich: Wie stellen wir unser öffentliches Gemeinwesen neu und zeitgemäß auf? Da wird die kulturelle Komponente in all diesen Förderprogrammen immer außen vor gelassen. Da gibt es Förderprogramme, die sehr technisch sind, und dann werden irgendwelche Labore gegründet, dann gibt es ganz viel aus der Soziologie, aber Kultur als starker Partner für Transformationsprozesse wird auch in diesem Bereich nicht in den Blick genommen. Ich würde tatsächlich dafür plädieren, insbesondere weil wir bei dem jetzigen Ministerium ja Kultur und Wissenschaft zusammen denken: Warum nicht Modellprojekte an den Start bringen, die genau das gemeinsam denken?

**Stellv. Vorsitzender Volkan Baran:** Vielen Dank. – Das war das Ende der zweiten Runde. Gibt es das Bedürfnis, weitere Fragen zu stellen? – Das sehe ich nicht.

Wie anfangs gesagt: Das war meine erste Sitzungsleitung einer Anhörung. Sie haben mir das sehr angenehm gemacht. Vielen Dank.

Ich möchte mich auch bei den Sachverständigen für Ihre Auskünfte herzlich bedanken.

Das Protokoll dieser Anhörung wird in den nächsten Tagen im Internetangebot des Landtages abrufbar sein, und wir werden uns in der nächsten Ausschusssitzung mit der heutigen Anhörung intensiv beschäftigen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Rückreise. Bleiben Sie gesund. Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit mit Ihren Lieben, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

gez. Volkan Baran  
stellv. Vorsitzender

**Anlage**

20.12.2022/20.12.2022



**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Kultur und Medien**Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden.**  
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/971am Donnerstag, dem 1. Dezember 2022  
14.30 bis (max.) 18.30 Uhr, Plenarsaal, Livestream**T a b l e a u**

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Kulturrat NRW Köln	<i>verhindert</i>	<b>18/126</b>
Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Bonn	<b>Katherine Heid</b>	<b>18/132</b>
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	<i>keine Teilnahme</i>	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>Claus Hamacher</b>	<b>18/129</b>
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	
Landschaftsverband Rheinland Köln	<b>Dr. Dagmar Hänel</b> Julian Weller	<b>18/136</b>
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster	<b>David Schmalenstroer</b> Christina Irmisch	
Kunstsammlung NRW Bernd Schliephake Technischer Leiter Düsseldorf	<b>Bernd Schliephake</b>	<b>18/138</b>
Düsseldorfer Schauspielhaus Andreas Kornacki Kaufmännischer Geschäftsführer Düsseldorf	<b>Andreas Kornacki</b>	<b>18/139</b>
Jahrhunderthalle Bochum Bochumer Veranstaltungs-GmbH Horst Mühlberger Bereichsleitung Technik Bochum	<b>Horst Mühlberger</b>	<b>18/137</b>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen e.V. Professor Dr. Robert von Zahn Generalsekretär Düsseldorf	<b>Prof. Dr. Robert von Zahn</b>	<b>18/134</b>
Manuel Moser Arbeitskreis Kinder- und Jugendtheater NRW, stellv. Künstlerischer Leiter der COMEDIA – Zentrum der Kultur für Jun- ges Publikum Köln	<b>Manuel Moser</b>	<b>18/135</b>
Fonds Soziokultur e.V. Kurt Eichler Vorsitzender Bonn	<b>Kurt Eichler</b>	<b>18/131</b>
Kulturforum Witten A.d.ö.R. Jasmin Vogel Vorständin Witten	<b>Jasmin Vogel</b>	<b>18/133 Neudruck</b>

\*\*\*